

GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderat Bernd SCHÖNEGGER

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzte Damen und Herren der Grazer Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist für mich eine ganz besondere Ehre, für die größte Fraktion in diesem Haus, für die Bürgermeisterpartei, die Generalrede zum Budgetvoranschlag 2006 halten zu dürfen.

Die Beschlussfassung des Budgets zählt unbestritten zu den Höhepunkten der gemeinderätlichen Arbeit. Insbesondere ergibt sich bei der Budgetdebatte die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, die ganz grundsätzlichen Aussagen des jeweiligen Politikverständnisses zu treffen.

Ich werde mir heute erlauben, an Hand des vorliegenden Entwurfes aufzuzeigen, wofür die Grazer Volkspartei steht und wo unsere Prioritäten für die Arbeit in Graz liegen.

Beginnen möchte Ich aber mit einem ganz besondern Dank, der normalerweise und traditionell immer am Ende der jeweiligen Rede kommt, diesmal stelle ich ihn ganz bewusst vor etwaige Ausführungen. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanz- und Vermögensdirektion (*Applaus ÖVP*), an erster Stelle dem Dr. Karl Kamper.

Sie haben wahrlich keine besonders angenehmen Wochen hinter sich und ich wage zu prognostizieren, sicherlich noch die eine oder andere schwierige Woche vor sich. Daher gilt an dieser Stelle, und auch das ist schon eine Prioritätensetzung, Ihnen allen unser Dank und ich hoffe nicht, wie der Finanzstadtrat das gesagt hat, dass es eine Sisyphusarbeit ist, denn Sie wissen, wie es dem Sisyphus gegangen ist, das hoffe ich nicht, dass das hier der Fall ist, ganz im Gegenteil (*Applaus ÖVP*).

Nun aber in medias res: Sie alle wissen, die Grazer ÖVP ist mit 21 Mandaten hier im Haus die mit Abstand stärkste Partei, Sie alle wissen die Grazer ÖVP ist mit vier Stadtregerungsmitgliedern die stärkste Partei der Grazer Stadtregerung und Sie wissen natürlich auch, die Grazer ÖVP ist die Bürgermeisterpartei der steirischen Landeshauptstadt (*Applaus ÖVP*).

Was Sie aber auch alle wissen, meine Damen und Herren, ist, dass es trotz dieser eindeutigen Mehrheiten nicht gelingen kann, alleine Entscheidungen im Grazer Rathaus zu treffen.

Daher haben wir gemeinsam mit der zweitgrößten Fraktion, mit der Sozialdemokratie, im Jahre 2003 ein Arbeitsübereinkommen geschlossen.

Dieses Arbeitsübereinkommen war und ist so etwas wie die schriftliche Festschreibung „des Miteinander in dieser Stadt“ und zwar einzig zum Wohle der Grazerinnen und Grazer.

Diese Arbeitsübereinkommen ist aber eines ganz sicher nicht: Es ist nicht der Versuch der beiden größeren Parteien, quasi die Alleinherrschaft zu ergreifen in der Stadt Graz, sondern es ist auch eine Einladung an alle anderen Parteien, insbesondere dann, wenn sie auch in der Stadtregerung vertreten sind, mit uns gemeinsam diese Verantwortung zu übernehmen.

Eigentlich ist es schon mehr als eine Einladung, die ich hier in Richtung KPÖ aussprechen darf. Übernehmen Sie mit uns Verantwortung, sehr geehrte Damen und Herren der KPÖ, es geht nicht nur um die Menschen, die in Graz leben und arbeiten, es geht um die Arbeitsgrundlage für den Gemeinderat, es geht ganz konkret darum, sich am Budgetbeschluss zu beteiligen heute.

Warum stelle ich diesen Aufruf vor meine eigentlichen Ausführungen, werden sich manche fragen.

Nun, es ist unbestritten, dass wir gemeinsam mit der Sozialdemokratie eben den schwierigeren Weg „der Entschleunigung des Schuldenmachens“, den schwierigen Weg der Prioritätenreihung, wenn Sie so wollen, den schwierigeren Weg des Sparens gewählt haben.

Dieser Weg bringt selbstverständlich gewisse Einschnitte mit sich und ist nicht immer besonders einfach zu vollziehen.

Da heißt es, gemeinsam schwierige Entscheidungen, sogar den einen oder anderen Einschnitt vollziehen zu müssen.

Und genau das ist der Punkt, sehr geehrte Damen und Herren, wenn sich manche dieser Verantwortung stellen und sich zu Prioritäten bekennen – diese laufen nämlich ganz massiv Gefahr, Opfer von Demagogen und Populisten zu werden, leichte Beute jener zu werden die sich dieser Verantwortung nicht zu stellen brauchen, obwohl sie eigentlich müssten, aber sie brauchen sich eben nicht stellen, weil es andere gibt, die diese Verantwortung für sie übernehmen.

Daher mein Aufruf noch einmal: Ich ersuche dringend, vom alljährlichen Budget-Populismus Abstand zu nehmen und unsere Einladung zur Übernahme der gemeinsamen Verantwortung anzunehmen und dem Budgetvoranschlag 2006 zuzustimmen (*Applaus ÖVP*).

Denn, eigentlich müsste es ein Leichtes sein, über diverse ideologische Schatten zu springen heute und die Einladung zur gemeinsamen Verantwortung zu übernehmen: Wir sind nämlich keine Raubritter und das hat der Stadtrat Riedler bereits ausgeführt, wir sparen auch nicht linear, das sind wir auch nicht. Wir sehen uns genau an, wo es nötig ist, dass die öffentliche Hand einspringt und wo es eben nicht nötig ist.

Das, sehr geehrte Damen und Herren, sehen Sie am Budgetentwurf ganz deutlich.

Die Handschrift der stärksten Fraktion und die christlich soziale Gesinnung unserer Fraktion, unserer Stadtregierer ist Garant für die gute Entwicklung der steirischen Landeshauptstadt. Die gute Entwicklung in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht, das waren die Grundpfeiler, auf die sich unsere Verhandler, unsere Stadtregierer in den Budgetverhandlungen stützen konnten.

Ich habe mir die Budgetreden der vergangenen Jahre sehr genau angesehen und wie ein roter Faden zog sich da eine ganz große Bitte unserer Fraktion, unserer Budgetredner durch die Jahre, seitdem Finanzstadtrat Wolfgang Riedler die Budgetverantwortung in unserer Stadt trägt: die Bitte nämlich, unsere Stadt nicht in die Pleite zu jammern, die Bitte auch an ihn ausgesprochen, aufzuzeigen, was trotz kritischer Budgetlage alles möglich ist! Immer wieder zu finden, sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Jahren war auch die von uns ausgesprochene Mahnung, dass Politik gestalten und nicht nur verwalten soll!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch dass gehört zum Politikverständnis der Grazer Volkspartei, Anerkennung auszusprechen, wenn sich Dinge gebessert haben.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, lieber Wolfgang, es ist uns gemeinsam ein gutes Budget gelungen, es ist dir gelungen, endlich nicht mehr von der Pleitehauptstadt Österreichs zu reden und das, lieber Wolfgang, macht den Blick frei dafür, was in Graz so alles möglich ist trotz schwieriger Budgetlage, trotz Sparzwanges und das erkennen wir an und dafür finden wir jetzt hier lobende Worte. Das erkennen wir an und dafür finden wir lobende Worte! Das alle Jahre wieder Jammern kannst du trotzdem nicht ganz ablegen, aber ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Jahren durchaus gemeinsam hinbekommen werden.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Gott sie Dank hat einer noch einen realistischen Blick auf die Dinge und spricht es auch aus.

GR. **Schöneegger:** Dessen ungeachtet befindet sich die Stadt Graz insgesamt, und das hat sich auch nicht geändert in den letzten Jahren, in keiner besonders beneidenswerten Situation, die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, könnte man wieder einmal anmerken.

Umso wichtiger ist es, Prioritäten zu setzen, die Ressourcen sinnvoll und gerecht zu verteilen, aber auch Dinge möglich zu machen und nicht der Versuchung des totalen Stillstandes zu erliegen. Die Balance zwischen Einsparungen, Umverteilungen, aber auch neuen Projekten, diese Balance gilt es zu wahren.

Neue Projekte, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, neue Projekte signalisieren das Möglichmachen und die Weiterentwicklung, sie sind so gesehen „das Salz in der Suppe“, ohne neue Projekte würde den Bürgerinnen und Bürgern die Politik in der Stadt Graz ganz und gar nicht schmecken, wir würden von Gestaltern zu Verwaltern degradiert.

Daher erlaube ich mir, den Focus auf einige dieser neuen Projekte im Budget, genauer gesagt in der außerordentlichen Gebarung, zu lenken, die allesamt eines zum Ziel haben, nämlich die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer zu heben: Ich nenne hier beispielhaft die Partzonenausweitung, die Verlängerungen der Linien 4 und 6, die Radunterführung Keplerbrücke, Ausbau der Triester Straße, Modernisierungsschub in den Schulen, Sanierung, Modernisierungen in den Kindergärten und städtischen Horten, Ausbau der Koralmbahn in Graz, Sanierung der städtischen Wohnhäuser und vieles mehr.

Insbesondere aber die Verlängerungen der Straßenbahnlinien 4, 5 und 6 zählen gewiss zu den ganz großen Meilensteinen des Trios Nagl, Rüscher, Ferk, wir alle sind Teil dieser Ära und können, so meine ich, sehr stolz darauf sein, die seit Jahrzehnten überfälligen Entscheidungen im Infrastrukturbereich gemeinsam gefällt zu haben, ich bin überzeugt davon, dass dieser von uns aufgebrauchte Mut auch belohnt werden wird. Insgesamt, wenn ich mir die AOG zu Gemüte führe, stelle ich mit Genugtuung fest: im Vordergrund steht in der Tat das Möglichmachen und das ist gut so, denn nur das sichert und steigert die Lebensqualität in Graz.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich nun die Schwerpunkte dieses Budgets - den in Zahlen gegossenen Ausdruck unseres politischen Willens – etwas genauer ausführen.

Ich komme zur Kulturpolitik: Ich darf mit einem Zitat von Pablo Picasso beginnen: „Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele.“

Ganz bewusst beginne ich mit der Kulturpolitik, nicht nur, weil unser Stadtrat Werner Miedl eben ein Stadtrat der Grazer Volkspartei ist, sondern auch, weil erst durch Kultur vieles andere an Wert gewinnt.

Ich möchte zur Illustration dieses Gedankens einen Ausschnitt aus unserer Landeshymne bringen: Ich singe nicht, keine Sorge:

„Wo sich lieblich groß eine Stadt erhebt, hart am Atlasband der grünen Mur“, und jetzt kommts, „wo ein Geist der Kunst und des Wissens lebt ...“ den Refrain kennen Sie, also es heißt, wo ein Geist der Kunst und des Wissens lebt. Dieser angesprochene Geist hat nicht nur das Projekt Graz als Kulturhauptstadt Europas 2003 geboren, sondern stimmt mich zuversichtlich, dass Graz das Kerngebiet für

Innovationen, aber auch, und das ist angesichts der neuen steirischen kulturpolitischen Landkarte besonders zu betonen, dass Graz das Kerngebiet für die Hochkultur bleiben wird (*Applaus ÖVP*).

Auch hier eine klare Aussage der Grazer Volkspartei: Kulturförderung ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe, „das Andere“ darf nicht nur zugelassen werden, es ist zu fördern, denn nur aus einer gewissen Vielfalt können wir alle sehr viel lernen.

Ich komme zur Sozialpolitik/Jugendpolitik: Gerade die Sozialpolitik ist uns als christlich-soziale Gesinnungsgemeinschaft das ganz große Anliegen dieses Budgets gewesen, was wir auch dadurch zum Ausdruck bringen konnten, dass trotz angespannter Finanzsituation und großem Spardruck es uns eine echte Herausforderung war, diesen Bereich so gut wie unangetastet zu belassen, darüber hinaus sogar und das wissen Sie, Frau Stadträtin, die Ermessensausgaben sogar noch zu erhöhen im Bereich der Sozialstadträtin.

Besonders die Prioritätensetzung innerhalb der Grazer Volkspartei hat in den Verhandlungen zu diesem für die Sozialpolitik so positiven Ergebnis geführt (*Applaus ÖVP*).

Trotzdem und unbeachtet unserer ganz klaren, aus der christlich-sozialen Gesinnung heraus entstandenen Prioritätensetzung für eben diesen Sozial und Wohlfahrtsbereich erlauben sie mir jetzt, Abraham Lincoln zu zitieren: „Ihr könnt den Menschen nicht dauerhaft helfen, wenn ihr das für sie erledigt, was sie selber für sich tun können“. Lincoln spricht von „können“ und verwendet nicht den Konjunktiv „könnten“. Das heißt, er traut den Menschen zu, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, es selbst zu bestimmen.

Für uns bedeutet dies wiederum: Selbstverständlich haben wir als Stadt Graz die Pflicht, den Menschen, die sich in schwierigen Situationen ihres Lebens befinden, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, selbstverständlich sehen wir uns als Teil einer Solidargemeinschaft, wo der eine für den anderen einsteht und selbstverständlich ist das soziale Netz so engmaschig wie möglich zu gestalten.

Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf nicht passieren: Wir dürfen jenen, die können, durch unsere „Betreuung“ den Weg zurück zur Eigenverantwortung nicht verstellen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Will das wer?

GR. **Schöneegger**: Was das Politikverständnis der KPÖ in diesem Zusammenhang betrifft, ist hier und jetzt eine deutliche Absage an die Art und Weise dieses Politikmachens zu erteilen: Unsere Aufgabe ist es, nicht Almosen zu verteilen, nein, wir müssen viel mehr alles daransetzen, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger selbständig, von selbst überleben können (*Applaus ÖVP*). Sehr geehrte Damen und Herren der KPÖ, eines lassen Sie mich noch sagen, Armutsbekämpfung kann nur strukturell erfolgen. Ihre Art der Politik mag zwar die schnelle Schlagzeile, auch den kurzfristigen Wahlerfolg bringen, aber eine Verbesserung über den einen konkreten Fall hinaus wird gewiss nicht erzielt,...

Zwischenruf StRin. Kahr: Wer hat das von uns jemals behauptet?

GR. **Schöneegger**: ...das ist uns zu wenig, wir sind gewählt, um Gesamtverantwortung zu übernehmen und nicht nur dem einen oder anderen generös etwas zukommen zu lassen. Dass der Wahlschmäh Ernst Kaltenegger sich relativ rasch in Richtung Land verabschiedet hat...

Zwischenruf GRin. Schloffer: Das hat schon wehgetan.

GR. **Schöneegger:** ...ist auch ein mehr als deutliches und bei genauerem Hinsehen entlarvendes Signal, ein besonderer Treppenwitz der Geschichte, meine Damen und Herren, wenn man den letzten Hilfeschrei von KPÖ Stadträtin Elke Kahr gehört hat, es fehlen 650 Gemeindewohnungen in Graz und gerade der, der in den letzten sieben Jahren diese Verantwortung innehatte, sie augenscheinlich gar nicht so engelhaft erfüllt hat, der ist auf einmal weg und entfleucht in Richtung Land (*Applaus ÖVP*).

Ich erlaube mir auch eine kritische Anmerkung in Richtung Sozialstadträtin:

Weniger Staat, mehr Privat ist ganz sicher kein Wundermittel und um kränkelnde Budgets zu sanieren, auch ist nicht davon auszugehen, dass weniger Staat, mehr Privat in jedem Fall die ultimative Verbesserung bringt.

Jedenfalls aber schadet die Auseinandersetzung mit alternativen Konzepten privater Anbieter auch im Sozialbereich nicht, und da und dort könnte es auch zu dem einen oder anderen für manche überraschenden positiven Ergebnis kommen (*Applaus ÖVP*). Nicht mehr und nicht weniger als die ernsthafte Auseinandersetzung und die Enttabuisierung dieses Themas erwarten wir von verantwortungsvollen Kolleginnen und Kollegen, also im Prinzip von uns allen hier.

Dort wo die eher fortschrittlichen Sozialdemokraten in Österreich in entscheidender Positionen das Sagen haben, zählt die intelligente Privatisierung auch im Sozialbereich längst zum „State of the art“ – man kann sich ja gerne bei den Linzer oder Wiener KollegInnen erkundigen (*Applaus ÖVP*). Ganz klar aber ist auch im Sozialbereich, an sich ja Ressort Stadträtin Kaltenbeck-Michl, die Handschrift der Grazer ÖVP ersichtlich und wir sind wirklich sehr stolz darauf, dass wir in gemeinsamen...

Zwischenruf GR. Herper: Da lachst selber, das ist ja köstlich.

GR. **Schönegger**: Noch einmal, ganz klar ist unsere Handschrift in diesem Ressort ersichtlich und ganz klar ist es in diesem Bereich zu so einem erfreulichen Abschluss gekommen, darauf sind wir eben auch stolz (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Schwarze Klaue.

GR. **Schönegger**: Dasselbe gilt dem Grunde nach ebenfalls für den im Ressort Stadträtin Kaltenbeck-Michl befindlichen Jugendbereich.

Wir bekennen uns dazu, der Jugend in unserer Stadt ein besonderes Augenmerk zu widmen. Die Jugend von heute, das sind die Leistungsträger von morgen, und wir haben die Verantwortung, diesen Jugendlichen ein Erwachsenwerden zu ermöglichen, welches ihnen erlaubt, ihren Platz in der Gesellschaft selbst einzunehmen. Dazu gehört natürlich, dass wir uns um jene ganz besonders kümmern, die in eine soziale Schieflage geraten oder Gefahr laufen, in eine solche zu geraten.

Die Jugendlichen, die in schwierigen familiären Verhältnissen aufwachsen, die Jugendlichen, denen der Sinn des Lebens in die Ferne gerückt ist, weil sie zum Beispiel keine Arbeit bekommen, die sind uns ein ganz besonderes Anliegen und hier gilt es, alle Kräfte zu bündeln, was auch geschieht, ich führe neben dem bereits genannten und prioritär bedachten Jugendwohlfahrtsbereich die wichtige Weiterentwicklung und nachhaltige Verbesserung des Wirtschaftsstadtrates Detlev Eisel–Eiselsberg bei der Initiative zur Jugendbeschäftigung, bei der Jugendbeschäftigungsdrehscheibe an (*Applaus ÖVP*)!

Also, auch in diesem Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Spur von linearem Sparen, auch in diesem Bereich, was sich im Übrigen, zumindest was die Grazer Volkspartei betrifft, durch den gesamten Voranschlag des Budgets zieht.

Das Budget, der in Zahlen gegossene politische Wille, wie es so schön heißt, was bedeutet das umgelegt auf den Voranschlag 2006:

Es haben sich alle Stadtsenatsreferenten der Eckwertbudgetierung unterworfen, damit eines nicht passiert, was der Bundesrechnungshof uns mahnend vorausgesagt hat, damit wir nicht mit Vollgas, ich glaube er hat gesagt, 180, gegen die Wand fahren.

Zwischenruf GR. Herpe.: Teststrecke.

GR. **Schöneegger**: Das bedeutet Sparen, konkret die Eckwertbudgetierung, und das ist eher politische Notwendigkeit, denn politischer Wille.

Platz für politischen Willen bleibt, wie bereits erörtert, dennoch.

Was den politischen Willen in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Schulpolitik oder Tourismusentwicklung betrifft, so werden dies die zuständigen Stadträte Eisel-Eiselsberg und Miedl dem Gemeinderat später näher bringen, aber auch in diesem Bereich gilt eines vorweg: eine Prioritätensetzung, die wir als Grazer Volkspartei ganz konsequent verfolgen; für die Grazerinnen und Grazer möglich machen und gestalten, statt behindern und verwalten. In unsere Kinder, also unsere eigene Zukunft investieren, hier ist im besonderen Maße der Schulbereich angesprochen, und soziale Sicherheit für die Grazerin, den Grazer gewährleisten – hier angesprochen ist eine aktive, nachhaltige arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzschaffende Wirtschaftspolitik.

All diese Prioritäten sind trotz Eckwertbudgetierung und Sparzwang in diesem Voranschlag als vorgenommen anzusehen.

Vorstöße, wie jener von Landesrätin Vollath, die Studiengebühren für die Fachhochschulen gänzlich aufzuheben, sind in diesem Zusammenhang, trotz der verständlichen Unkenntnis, eher kontraproduktiv. Wenn man daran denkt, dass hier linear, also ohne Ansehung der tatsächlichen Vermögensverhältnisse, nicht gespart wird, wenn man daran denkt, dass bisher jeder einzelne Student, jede einzelne Studentin, die sich ein Studium nicht leisten hätten können, diese Gebühren niemals bezahlen mussten, das ging übrigens über Studienbeihilfenbezieher hinaus, und

wenn man bedenkt, dass dieser Populismus die Stadt Graz eine schöne Stange Geld kostet, bitte ich den Finanzstadtrat wirklich noch einmal ein, klärendes Gespräch mit der Schullandesrätin zu suchen.

Ich komme zum Bereich Stadt-, Verkehrs und Grünraumplanung. Auch hier gilt das vorhin Gesagte, der zuständige Stadtrat Gerhard Rüschi wird in seinen Ausführungen genau auf die einzelnen Punkte, genau auf seine Einsparungen und genau auf seine Prioritätensetzungen eingehen, aber auch hier gleich vorweg unsere konsequente Verfolgung des Möglich-machens und Gestaltens – statt Behinderns und Verwaltens, in Lebensqualität investieren und für den einzelnen Bürger erkennbar das Lebensumfeld verbessern: Die verkehrspolitischen Meilensteine der Straßenbahnverlängerungen Linien 4, 5, und 6 sind zwar schon von mir genannt worden und werden sicherlich auch noch von Stadtrat Rüschi genannt werden, aber man kann es nicht oft genug betonen, lange genug regierte der Stillstand, die Verkehrspolitik in Graz. Bürgermeister Nagl, Stadtrat Rüschi und letztlich wir alle gemeinsam sorgen für Bewegung in Graz, darauf können wir stolz sein (*Applaus ÖVP*).

Dass es trotz dieser Meilensteine auch in diesem Ressort zu Einsparungen kommt, zählt zur bereits formulierten politischen Notwendigkeit, die ebenfalls nicht linear, sondern intelligent wahrgenommen wurde, wie ein Blick in den vorliegenden Voranschlag bestätigt. So wurde zum Beispiel die Anzahl der Ämter in der Zuständigkeit von Stadtrat Rüschi von 9 auf 7 reduziert.

Was die von uns als Politikziel in Anspruch genommene Verbesserung der Lebensqualität betrifft, auch in ökologischer Hinsicht, lohnt sich der genaue Blick in die Zuständigkeiten unseres Stadtrates Gerhard Rüschi.

Die Bepflanzungsrichtlinien zum Beispiel werden 2006 auch mit inhaltlichem Leben erfüllt, die Aufwertung von Grünraum und Gewässeragenden mittels Installation einer eigenen dafür zuständigen Abteilung und der sensible Umgang – aber dennoch das Zulassen – im Zusammenhang mit Neubauten sind nur einige Schlagwörter, die uns als Partei für mehr Lebensqualität auszeichnet.

Festzuhalten ist, dass niemals zuvor soviel an Infrastruktur in Graz gebaut wurde. Ich denke da neben den bereits genannten Errungenschaften wie Straßenbahnlinien,

Radunterführungen, Straßensanierungen, Straßenausbauten, insbesondere an den Ausbau des Klärwerkes oder die Unterführungen in Zusammenarbeit mit der HL-AG.

Das alles schafft, meine sehr geehrten Damen und Herren, schafft Lebensqualität für die Menschen, die hier wohnen und soziale Sicherheit für die Menschen die dadurch Arbeit bekommen (*Applaus ÖVP*).

Ein ebenso wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Integration von Migrantinnen und Migranten.

Vorkommnisse, wie wir sie leider aus Frankreich kennenlernen mussten, könnten ohne entsprechende Gegenmaßnahme eines Tages vielleicht auch in Österreich zu einem sozialen Flächenbrand ausarten.

Daher, und auch schon vor der Eskalation, unser ganz klarer, selbst auferlegter Auftrag: Im Bereich der Integration unserer Verantwortung als öffentliche Hand unabdingbar nachzukommen. Der Bürgermeister hat mit der Schaffung und goldrichtigen Besetzung des Integrationsreferates vorausschauend gehandelt. Der Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl hat dadurch die schon vorhandenen Bemühungen in diesem Bereich strukturieren können und somit die Effizienz deutlich erhöht. Auch das erwarten die Menschen von uns völlig zu Recht, sie wurden nicht enttäuscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Kennzahlen von 700 Millionen Euro im ordentlichen Haushalt und jene von 70 Millionen im außerordentlichen lassen erahnen, dass diese Stadt aktiv an ihrer Weiterentwicklung arbeitet.

Selbstverständlich müssen wir alle gemeinsam sämtliche Anstrengungen darauf fokussieren, mittelfristig, 2010 wurde genannt, keine neuen Verbindlichkeiten einzugehen und Einsparungspotenziale immer wieder aufzufinden, aber ich wiederhole, 700 Millionen im ordentlichen und 70 Millionen im außerordentlichen Haushalt sind nicht dazu angetan, den Untergang des Abendlandes heraufzubeschwören.

In diesem Lichte ist es mir schon ein Anliegen, auch kurz auf die aktuelle Bundespolitik einzugehen, vor allem, wenn es heißt, diese Regierung mache

unsoziale Politik. Das ist schlicht und ergreifend falsch, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Fragen sie 320.000 Arbeitslose, die werden das anders sehen.

GR. **Schöneegger**: Österreich gehört heute weltweit zu den bestentwickelten sozialen Wohlfahrtsstaaten (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Fragt einmal die Caritas.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Enorm, bei 320.000 Arbeitslosen.

GR. **Schöneegger**: Frau Sozialstadträtin, das ist Ihr Problem, Sie hören nie zu, dann wissen Sie die Dinge wieder nicht (*Applaus ÖVP*), tun Sie zuhören, auch Sie Herr Klubobmann, tun Sie zuhören, dann wissen Sie die Dinge, dann werden keine Unwahrheiten mehr verzapft, darf ich weiterreden? Dankeschön. Fast ein Drittel, meine sehr geehrten Damen und Herren, (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) der wirtschaftlichen Wertschöpfung in unserem Land wird für soziale und gesundheitsbezogene Leistungen im öffentlichen Bereich ausgegeben (*Applaus ÖVP*). Seit Wolfgang Schüssel Bundeskanzler ist, ist die Sozialquote von 28,4% auf 29,4% gestiegen.

An Reformen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und jetzt passen Sie auf, an Reformen führte aufgrund der Schuldenpolitik der Vorgänger im Bundesfinanzressort und der Bevölkerungsentwicklung kein Weg vorbei.

Das soziale Augenmaß wurde dabei aber nie verloren, einige Beispiele:

- außerordentliche Anhebung der Ausgleichszulage auf 690 Euro
- kleine Einkommen bis 14.500 Euro sind steuerfrei gestellt.

Zwischenruf GR. Pleyer: Aber die ganzen Jahre habt Ihr die Pensionisten...

GR. **Schönegger**: ...durch die so genannte, tun Sie zuhören, Herr Kollege, durch die sogenannte Negativsteuer mit einem um 50% erhöhten Volumen von etwa 35 Millionen Euro profitieren auch jene, die gar keine Steuern zahlen (*Applaus ÖVP*).

Das Kinderbetreuungsgeld wurde geschaffen, die Altersteilzeit wurde eingerichtet,...

Zwischenruf GR. Simbürger: Ist immer schlechter geworden die Altersrente.

GR. **Schönegger**: ...weitere große sozialpolitische Neuerungen wie die Abfertigung neu oder die Familienhospiz-Karenz.

Dabei handelt es sich, und jetzt tun Sie wieder aufpassen, weil Sie gerade Küberl gesagt haben, dabei handelt es sich, danke für die Aufmerksamkeit, dabei handelt es sich nach Auffassung von Experten um sozialpolitische Großtaten (*Applaus ÖVP*). Caritas-Präsident, ich zitiere, Caritas-Präsident Franz Küberl sagt in der Kleinen Zeitung vom 28. 9. 2005 zur Verteilung des Wohlstandes in Österreich: „Wir wissen, dass sicher 80 Prozent in Österreich in einer Situation leben, die gut bis sehr gut ist.“ Trotz einer schwachen Konjunktur ist es der Bundesregierung gelungen, einen leistungsfähigen und gerechten Sozialstaat zu sichern. So viel dazu, vor allem weil

im Moment einige unterwegs im Lande, touren, glaube ich, nennt man das, und anderes erzählen, damit der Wahrheit auch hier Genüge getan wird (*Applaus ÖVP*).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzter Herr Bürgermeister, werte Mitgliederinnen und Mitglieder der Stadtregierung!

Wir als Grazer Volkspartei sind, wie ich meine, völlig zu Recht, stolz auf dieses von uns mitgetragene Budget. Die alte Weisheit, wer kein Geld hat, braucht mehr Hirn, dürfte auf uns alle zutreffen, das ist schön und gut so.

Abschließend zum Budget 2006:

Es lässt nichts an sozialer Wärme vermissen – dafür haben wir gekämpft.

Es zeichnet sich durch intelligentes und nicht lineares Sparen aus – dafür haben wir uns eingesetzt.

Dieses Budget setzt die richtigen Prioritäten und markiert eine Trendumkehr in der Budgetpolitik der Stadt Graz – dafür haben wir verhandelt.

Ökologie, Soziales und Wirtschaftspolitik werden auf Grund unserer Initiativen zu miteinander verknüpften und gemeinsam zu entwickelnden Politikfeldern – dafür werden wir auch in Zukunft verhandeln.

Möglich machen und Gestalten – statt Behindern und Verwalten – dafür wurden und dafür werden wir gewählt.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, ersuche ich nochmals eindringlichst alle Parteien, diesem äußerst ausgewogenen Budget in Wahrnehmung ihres von der Wählerin/vom Wähler erhaltenen Auftrages zuzustimmen!

Wir jedenfalls, als Grazer ÖVP, kommen in bewährter Manier dieser, zugegeben großen, Verantwortung nach.

Ich erlaube mir nochmals, meinen Dank an die MitarbeiterInnen der im Moment sehr belasteten Finanz- und Vermögensdirektion auszusprechen, ein besonderer Dank

gilt dem Stadtrechnungshof mit Direktor Dr. Günther Riegler an der Spitze, für die Begleitung aber auch den Input des Konzernabschlusses, Mitglieder des Kontrollausschusses wissen, was ich meine, last but not least, auch einen Dank an unseren sehr bemühten Finanzstadtrat, der ja leider nicht zufrieden ist mit dem Budget,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Einnahmen.

GR. **Schönegger:** ...wir jedenfalls sind zufrieden als Grazer ÖVP, gemeinsam werden wir in dieser Stadt noch vieles weiterbringen, noch vieles möglich machen, noch viel gestalten und nicht mehr behindern und verwalten. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderätin Mag. Susanne B A U E R

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frage, ob und wann ein Budget als gut bezeichnet werden kann, ist ob der Fülle des Zahlenmaterials des Budgetvoranschlages keineswegs einfach zu beantworten. Die gerne schnell getroffenen Einschätzungen darüber erinnern oftmals gerne an die Frage, wann ein Glas halbvoll oder halbleer ist. Und so kommt es natürlich auch nicht von ungefähr, dass bei diesen Debatten zum Budget gerne mit Superlativen gearbeitet wird – üblicherweise gibt es nur zwei Pole: Entweder ist das Budget einfach nur hervorragend, exzellent und zukunftsweisend – oder anders ausgedrückt auf der anderen Seite katastrophal, und verzeihen Sie mir bitte den Ausdruck, einfach grottenschlecht.

Und gerade weil das Budget die Politik in Zahlen ist, wäre es mir als Sozialdemokratin natürlich am allerliebsten, wenn in unserer Stadt alles finanziert werden könnte, was an gesellschaftlichen, sozialen, bildungspolitischen, infrastruktur- und wirtschaftsfördernden Aspekten notwendig ist, um den Grazerinnen und Grazern die bestmöglichen Angebote im Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereich zu ermöglichen, und dies einzig und allein dank laufender Einnahmen und somit ohne Neuverschuldung.

Und gerade weil dieses Idealbild den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht, und aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist es sowieso die absolute Ausnahme, ist es besonders von Bedeutung, den Rahmen und die Voraussetzungen für das künftige Grazer Budget in Erinnerung zu rufen.

Die Ausgangsvoraussetzungen waren nicht rosig: Hohe Schulden und eine ständig größer werdende Lücke zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben und viele offene Finanzierungsfragen dominierten die Diskussion. Vor der Übernahme des Finanzressorts durch die SPÖ und durch Dr. Wolfgang Riedler gab es nicht

wenige, die der Stadt Graz den baldigen Konkurs prophezeiten. Es waren vielmehr viele davon überzeugt, das Graz 2006 kein Budget mehr haben würde. Demzufolge wurde Graz bereits mit der Titanic verglichen, die gegen den finanziellen Schuldenberg gefahren ist.

Aber das Schiff Graz ist nicht gesunken. Es hat die Kollision mit dem Eisberg, resultierend aus vergangenen enorm hohen Ausgaben und einer in der Vergangenheit zu wenig auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Finanzpolitik zwar nicht unbeschadet überstanden. Im Gegenteil: Es sind Lecks geschlagen worden, und die sind leider so schwer wiegend, dass wir noch einige Jahre an den Pumpen werden stehen müssen. Das Schiff ist zwar ramponiert, aber der Steuermann hat es wieder auf Kurs gebracht (*Applaus SPÖ*).

Aber, und das ist die gute Botschaft: Wir, die Mitglieder des Gemeinderates, haben auch für 2006 einen Budgetentwurf zur Beschlussfassung vorgelegt bekommen – und wir können schon mal eines festhalten: Das neue Budgetjahr beginnt mit einem, noch dazu unter diesen Voraussetzungen, guten Budget. Was natürlich nichts daran ändert, dass unsere Finanzsituation nach wie vor schwierigst ist, aber, und das ist wohl das Wichtigste, wir haben unsere kommunale Handlungsfähigkeit nicht verloren. Mit anderen Worten: Wir sind gut unterwegs (*Applaus SPÖ*).

Und das bestätigt wiederum die Zielvorgabe, sehr geehrte Damen und Herren, die sich SPÖ und ÖVP in ihrem Arbeitsübereinkommen gesetzt haben, dass es nicht nur richtig war, sondern auch realisierbar ist, es lautet im Arbeitsübereinkommen wörtlich: Zukunft für die Stadt auf Basis gesunder Finanzen. Wie gesagt: Rückblickend hat es viele Zweifler und Skeptiker gegeben, ob der finanzielle Turn-around überhaupt zu schaffen ist. Auch manche GemeinderatskollegInnen, die nicht den Regierungsfractionen angehören, zweifelten und zweifeln auch heute noch daran, ob eine Zukunft bei „diesen Finanzen“ überhaupt möglich ist.

Jetzt aber, in der Mitte der Gemeinderatsperiode, können wir behaupten: Wir sind auf einem guten finanziellen Weg. Noch ist nicht Land in Sicht, geschweige denn der Hafen erreicht – aber wir befinden uns auf Kurs: Dem SP-Verhandlungsteam mit unserem Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk an der Spitze ist es gelungen,

gemeinsam mit unserem Arbeitspartner in schwierigen Zeiten Notwendiges und damit viele finanziell wirksame Maßnahmen zu finden und auch umzusetzen.

Dass dieser Weg konsequent weiterzugehen ist, müsste uns auch deshalb leichter fallen, weil die Erfolge sichtbar werden, wir haben es an der Darstellung schon gesehen. Das finanzielle Maßnahmenpaket zeigt Wirkung. Erkennbar ist das beispielsweise an der sinkenden Pro-Kopf-Verschuldung oder bei den sich verbessernden Werten zur Schuldenentwicklung. Und eben diese Kennzahlen beweisen uns, dass wir die Richtung des eingeschlagenen Weges nicht verlassen haben, weist uns aber gleichzeitig darauf hin, auch in Zukunft darauf zu achten.

Die Aufgabenkritik, so schmerzlich sie auch war und ist, hat einen großen Beitrag geleistet. Das ist ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats: Sie haben nicht nur eine Vielzahl von Vorschlägen erarbeitet, sie haben diese auch mitgetragen.

Und mit der Eckwertbudgetierung hat unser Finanzreferent ein modernes finanztechnisches Instrument eingeführt, mit Hilfe dessen einerseits die Enge der auf ein Jahr ausgerichteten Kameralistik überwunden werden kann, aber andererseits damit auch das Bewusstsein auf Abteilungs- und Ressortebene für jede einzelne Aufgabe und – damit auch Ausgabe – gehoben. Dass dies ein Mehr an Verantwortung für die einzelnen Ressorts miteinschließt, ist klar; aber insbesondere die Tatsache, dass in diesem Haus Stadtregierung wie auch Gemeinderat mit einer deutlichen Mehrheit zu dieser neuen Verantwortung sich bekennen, stimmt zuversichtlich (*Applaus SPÖ*).

Zuversichtlichkeit auch deshalb, weil das Instrument der Eckwertbudgetierung bedingt, auf Ressortebene mit einer Wertediskussion zu beginnen. Somit sind Antworten auf dieser Ebene, was in Graz für die Grazerinnen und Grazer in welchem Umfang zu welchen Kosten umgesetzt werden soll, zu finden. Ach ja, und vielleicht taucht in einigen Köpfen die Frage auf, wie soll das dort gefunden werden, diesbezüglich hat uns der letzte Bundesrechnungshofbericht schon klar die Richtung vorgegeben. Keine Beauftragung von externen Experten, wenn die eigenen Institutionen die Leistung erbringen können.

Die Wertediskussion, beginnend mit der Eckwertbudgetierung in diesem Budget, wird konsequenterweise in eine Wertediskussion auf allen anderen städtischen Ebenen überzuleiten sein, damit Zukunftsfähiges mit einem weiterhin sehr beschränkten Finanzrahmen in Graz geschaffen werden kann. Diese Wertediskussion nicht zu führen, hieße nicht nur, den Kurs zu verlassen; das hieße, das Schiff aufzugeben, die Grazerinnen und Grazer ins eiskalte Wasser zu werfen und ihnen zu verklickern, irgendwann wird schon irgendwer vorbeikommen, um sie aufzufischen. Diese Wertediskussion ist die ureigenste Aufgabe der Politik, sie zu führen, heißt aber auch, sich den Ergebnissen zu stellen und das ist das Wahrnehmen der politischen Verantwortung (*Applaus SPÖ*).

Auch der Blick in die außerordentliche Gebarung zeigt uns, dass große, für unsere Stadt wichtige Projekte darin enthalten sind, obwohl der finanzielle Rahmen mit durchschnittlich 35 Millionen Euro bis 2010 natürlich sehr, sehr bescheiden ist.

Ich nenne in diesem Zusammenhang als eines der Beispiele die Millionen für die HL-AG. Mitten durch Graz führt eine Hochleistungsstrecke, sie verbindet den Norden und den Süden; sie ist wichtig für den Gütertransport der Unternehmen. Aber - und das ist für die Grazerinnen und Grazer von Bedeutung - diese Hochleistungsstrecke Graz trennte bislang die Stadt in zwei Stadthälften. Die tagtäglichen Staus, das Stehen und Warten an den geschlossenen Bahnschranken entlang der Bahnstrecke sind sicherlich allen gut bekannt. Mit dieser Ausbaumaßnahme wird im Grazer Westen ein enorm wichtiger Impuls zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität gesetzt (*Applaus SPÖ*).

Ähnliches gilt auch - als weiteres Beispiel - für die Verlängerungen der Straßenbahnlinien, die ebenso als besonderer Schwerpunkt in dieses Budget Eingang gefunden haben. Diesen Projekten gemein ist, dass sie zur Verbesserung der städtischen Umwelt, aber auch zur oftmals geforderten Verbesserung der Verkehrssituation beitragen werden.

Und gerade hier ist schlichtweg einfach unwahr, wenn immer wieder behauptet wird, in Graz geht nichts weiter. Ganz im Gegenteil: In Graz geht viel weiter, aber, und das muss uns bewusst sein, es ist ein ständiger sich nach der finanziellen Decke Strecken.

Apropos Großprojekte - in der Vergangenheit wurde sehr viel in Kultur- und nun in Verkehrsprojekte investiert. Ich möchte auch hier ein weiteres Großprojekt nennen. Und gerade weil ich weiß, dass unser Finanzrahmen dergestalt ist, dass wir uns nicht alles leisten können, sind wir aufgerufen, konsequent auszuwählen und gezielt Schwerpunkte zu setzen. Und so ist es sehr erfreulich, dass der Bad-Gipfel bereits zu zwei Finanzierungszusagen geführt hat, jener des Sportlandesrates und der des Finanzstadtrates. Somit bleibt zu hoffen, dass auf Bundesebene auch die Dringlichkeit des Projektes erkannt wird und dies mit dem notwendigen dritten finanziellen Beitrag begleitet ist (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was auch für die Außerordentliche Gebarung gilt, nämlich Werte zu diskutieren und Wertigkeiten festzulegen, gilt natürlich im selben Ausmaß auch für die Ordentliche Gebarung. Die Wertediskussion wird somit auch nicht vor den Budgetmitteln der Stadtregierungsmitglieder Halt machen dürfen. Und demzufolge wird auch hier die Antwort auf die Verteilungsfrage und Verwendungsfrage zu finden sein.

Zum einen möchte ich aber schon vorneweg eine Absage erteilen: Es darf in diesem Haus niemand glauben, über eine vorgeschobene Wertediskussion die immer größer werdenden Notwendigkeiten im Sozialbereich in Frage stellen zu können. Wer das erwartet, wird eine Enttäuschung erleben.

Denn, auch mein Vorredner hat es anerkannt, in diesem Budget zeichnet sich ein klarer Wert ab und das ist der große Wert des Sozialbereiches. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist eines unverrückbar: Das städtische Sozialbudget ist der wichtige Bereich, um die Ungleichheiten und Benachteiligungen, die die Menschen aus dem Wirtschaftsleben erfahren, auf kommunaler Ebene korrigieren zu können. Gerade weil die Qualität einer Gesellschaft daran erkennbar ist, wie man mit den Schwächeren und deren sozialen Bedürfnissen umgeht, ist es für unsere Stadt, für die Grazerinnen und Grazer, ein sehr wichtiges Signal, dass trotz aller Sparmaßnahmen die sozialen Angebote, die Angebote für die Kinder, für die Jugendlichen, die Familien und SeniorInnen nicht reduziert wurden (*Applaus SPÖ*). Nicht vergessen werden dürfen auch jene 500.000

Euro, die für die Sanierung der Kinderbetreuungseinrichtungen reserviert sind. Es ist dem großem Einsatz und der Überzeugungskraft unser Sozial- und Jugendstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl zu verdanken, dass in diesem Bereich alle Leistungen trotz der Sparvorgaben aufrechterhalten bleiben (*Applaus SPÖ*).

Und ich bin überzeugt, dass Graz mit dieser Politik mit Sicherheit auf dem richtigen Weg ist. Ach ja, Sicherheit in dieser Stadt beginnt nicht damit, Kameras auf Plätzen zu installieren - Sicherheit ist eine Frage des Wohlbefindens, der erfahrenen Gerechtigkeit, der spürbaren Lebensqualität, des sich geborgen und gut aufgehoben Fühlens. Und Graz ist eine Stadt, das kann man nicht oft genug betonen, in der man sich gut aufgehoben fühlen kann und ist (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich denke, ich verrate kein großes Geheimnis, wenn ich darauf hinweise, dass eine Gemeinde, was die Einnahmenseite betrifft, wesentlich von der Standortattraktivität abhängt. Von der Attraktivität als Wohnstandort, als Lebensstandort, als Wirtschaftsstandort. Wobei ich ausdrücklich davor warnen möchte, darin unüberbrückbare Gegensätze zu sehen. Im Gegenteil: Es gibt eine Reihe von Standortfaktoren, die, was die Bedürfnisse beziehungsweise Interessen sowohl der Bevölkerung als auch der Wirtschaft betrifft, deckungsgleich sind.

Ich will gerne noch deutlicher werden: Eines unserer Hauptprobleme ist, dem werden alle zustimmen, dass die Menschen gerne im Grazer Umland wohnen und dass sich die Betriebe gerne in den Grazer Umlandgemeinden ansiedeln. Das kostet Graz Millionen - das sind die Kommunalabgaben und die auf die Einwohner bezogenen Ertragsanteile, die woanders hinfließen. Und uns in Graz verbleiben die kostenintensiven Kernraumaufgaben. Demzufolge kann die Schlussfolgerung wohl nur lauten: Wir müssen alles daran setzen, Graz als Wohn-, aber ebenso als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver zu gestalten. Und genau dazu bedarf es eines vernetzten Denkens; eines, das nicht an Ressort- beziehungsweise Fraktionsgrenzen endet. Was macht einen Standort attraktiv? Das beginnt bei den weichen Standortfaktoren wie Kinder- und SeniorInnenbetreuung, sozialer Sicherheit, Freizeit- und Bildungsangeboten und endet bei harten Standortfaktoren:

Flächenvorsorge, Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung und den wirtschaftsfördernden Strukturen. Oder glaubt wirklich jemand, dass sich moderne, innovative Unternehmen gerne an einem Standort ansiedeln, an dem Umweltbelastungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beeinträchtigen oder eine künftige Expansion verunmöglichen?

Ich bin deshalb derart intensiv auf diese Standortfaktoren eingegangen, weil ich mit dem Irrglauben aufräumen möchte, Unternehmen siedeln sich nur dann an, wenn sie finanziell gefördert werden – hier in diesem Raum wurde schon oftmals die Kanalabgabe als finanzielle Förderung angesprochen. Diese direkten Förderungen, das bestätigen viele internationalen Untersuchungen, sind nachrangig im Vergleich zu Klima und Umfeld. Und dabei ist manches keine Frage des Geldes, für manches bedarf es nicht einmal großartiger Investitionen.

Nur als Beispiel sei hier angeführt, dass ansiedlungswillige Unternehmen, sie sollen nicht auf einen bürokratischen Hürdenlauf geschickt werden, andere Städte zeigen uns schon vor, wie das gehen kann: Hier werden in periodischen Abständen die Abteilungsvorstände von Gewerbe-, Verkehrs, Umwelt-, und Planungs- oder Baurechtsamt zusammengerufen und beraten gemeinsam die anstehenden Probleme für Betriebsansiedelungen und Betriebserweiterungen. Gerade auch was Graz betrifft, Herr Bürgermeister lächelt, ich glaube, dass es hier schon, Sie haben wahrscheinlich auch an zwei Projekte in Graz gedacht, wo genau das hier ein notwendiger Lösungsansatz wäre.

Aber über eines dürfen wir uns aber dennoch nicht hinwegtäuschen: Eine Gemeinde kann, was Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik betrifft, einige wenige Akzente setzen; in diesem Bereich obliegt die Verantwortung der Bundespolitik. Auf kommunaler Ebene sind leider die Auswirkungen von mangelnder Beschäftigung und von zu geringem Einkommen zu spüren und aufzufangen.

Nicht nur, dass ich das Gefühl habe, dem Bund wären die Kommunen schlichtweg egal. Schlimmer noch: Die vergangenen Jahre haben den Verdacht genährt, dass von Bundesseite alles getan wird, um die Kommunen zu schwächen: Da wird Aufgabe um Aufgabe, bevorzugterweise ohne Kostenersatz, an die Städte

übertragen, da werden Gemeinden freiwillige Leistungen schmackhaft gemacht, damit die Bundeszahlen, und da fallen mir insbesondere ein das Budgetdefizit oder die Forschungs- und Entwicklungsquoten, für einen internationalen Vergleich schön ausschauen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr oft wird und wurde auch in diesem Raum zu Recht beklagt, dass die Stadt Graz viele Lasten des Kernraumes zu tragen hat. Rund 128 Millionen Euro finden sich in der Ordentlichen Gebahrung dafür. Und gleichzeitig ist unsere Stadt einerseits durch den Finanzausgleich, wir haben es heute schon gehört, benachteiligt, und andererseits ist ein interkommunaler Finanzausgleich mit den reichen Grazer Umlandgemeinden nicht einfach auf der Straße aufzuklauben. Und somit frage ich mich als Grazer Gemeinderätin: Wieso bezahlen beispielsweise die Grazerinnen und Grazer 16 Millionen Euro jährlich allein für die Vereinigten Bühnen, während aus Umlandgemeinden kein Cent dafür fließt, während die Gemeinden aber sehr wohl mit der Grazer Infrastruktur und mit ihrer Nähe werben?

Oder andersrum auch, wieso trägt Seiersberg nichts zum Steirischen Herbst bei? Jetzt aber, nach der politischen Veränderung in unserem Bundesland und in Folge der Vereinbarung der beiden Regierungsparteien auf Landesebene, besteht für Graz eine einmalige Möglichkeit mit großem Zukunftspotenzial, das Konzept Steiermark der Regionen (*Applaus SPÖ*).

Das Konzept „Steiermark der Regionen“ sieht gemeindeübergreifende Kooperationen vor. Wir, die politischen RepräsentantInnen der Stadt Graz, haben zwei Möglichkeiten. Die erste ist Warten, bis wir eingeladen werden, Stellung zu den erarbeiteten Vorschlägen zu nehmen und die zweite ist, eine offene Vorwärtsstrategie zu wählen und die städtischen Leistungen, die in den Kernraum Graz und in die Steiermark hinausstrahlen und die sich für Kooperationen mit anderen Gemeinden geradezu anbieten, für diese regionale Zusammenarbeit zu offerieren. Ich denke hier insbesondere an die Leistungen der Daseinsvorsorge wie die verkehrs- oder umweltbezogene Infrastruktur, die Kulturleistungen und der Bildungsbereich mit den Fachhochschulen und vieles andere mehr, das sind sehr, sehr wertvolle Bereiche, aber auch kostenintensiven Bereiche, die an der

Gemeindegrenze nicht Halt machen. Für diese Leistungen mit regionalem beziehungsweise überregionalem Charakter kann mit Hilfe des Konzeptes „Steiermark der Regionen“ die räumlich und finanziell begrenzte Sichtweise, die an der Stadtgrenze beziehungsweise am Stadtbudget halt macht, überwunden werden (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich kann es nicht oft genug betonen: Der Kurs stimmt zwar, aber um den sicheren Hafen zu erreichen, fehlt noch einiges – und den Hafen werden wir nicht erreichen, indem wir dem Finanzstadtrat die Ruder in die Hand drücken, ihm gleichzeitig das Pumpen aufbürden, die Navigation überantworten, von ihm das Steuern erwarten und ihn zum alleinigen Heizer ernennen, ihm auch noch den Küchendienst übertragen - und uns alle selbst an die Reling stellen, um Ausschau zu halten und als Erste „Land in Sicht“ rufen zu können, das geht nicht.

Und wir werden es auch nicht alleine schaffen, das Schiff in den Hafen zu bringen. Von Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl war schon seit Mitte der vergangenen Periode immer wieder betont worden, dass Graz in den nächsten Jahren auf kräftige finanzielle Hilfe von Seiten des Bundes und Landes angewiesen sei – und dass diese Unterstützung kommen werde. Von jährlich rund 50 Millionen Euro war die Rede gewesen. Leider ist bislang noch kein Cent auf das Stadtkonto eingetroffen. Dass diese angekündigten Gespräche noch kein Ergebnis vorweisen, kann doch nur eines heißen, dass diese Gespräche vielleicht erst begonnen werden müssen, im Laufen sind, aber, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir warten – voller Erwartung – auf den Verhandlungserfolg.

Zwischenruf GR. Herper: Jawohl.

Mag. **Bauer**: Dann, nochmals zur Erinnerung, eines kann uns ja wirklich niemand vorhalten: Nämlich, dass wir keinen Beitrag zur Gesundung der Stadtfinanzen geleistet haben.

Wir als Stadt haben über die Aufgabenkritik und über die vielen anderen finanziellen Maßnahmen gezeigt, dass es uns mit der Gesundung der Stadtfinanzen ernst ist. Wobei der Beitrag, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats dabei geleistet haben, nicht hoch genug geschätzt werden kann: Sowohl, was Leistung und Arbeitsintensität betrifft, aber auch, was die im Personalpaket vereinbarten finanziellen Einschränkungen betrifft. Ich möchte dafür - im Namen meiner gesamten Fraktion - ausdrücklich danken (*Applaus SPÖ*).

Und so gesehen ist es ja auch nur recht und billig, wenn nun in einem nächsten Schritt auch die Politik ihren Beitrag leistet. Zum einen in Form des Solidarbeitrages durch Verzicht auf die nächste Erhöhung der Funktionsbezüge. Wir machen damit einen Vorstoß und laden die anderen Fraktionen ein, mit dabei zu sein. Und zum anderen durch ein Demokratiepaket, für das es gilt, die Gespräche über schlankere Strukturen für eine moderne Stadtdemokratie aufzunehmen.

Abschließend möchte ich natürlich allen, die zum Zustandekommen dieses Budgets beigetragen haben, ganz herzlich danken. Das Team aus der Finanzabteilung – mit den Herren Kamper und Kicker – hat wieder einmal in kürzester Zeit Großartiges geleistet (*allgemeiner Applaus*).

Wir als Stadt zeigen auch mit dem Budget 2006, dass es uns mit der Gesundung der Stadtfinanzen ernst ist. Der Kurs stimmt, die Kennzahlen bestätigen den Turn-around, vielleicht werden wir schon bald Land sehen: Die Budgetpolitik hat uns jedenfalls vor dem Untergehen gerettet und wieder auf Kurs gebracht. Was aber nicht heißt, dass wir uns jetzt am Sonnendeck ausrasten dürfen - im Gegenteil. Um den sicheren Hafen zu erreichen, wird es weiter an uns liegen, für guten Wind zu sorgen. Für vielleicht noch mehr Wind in unseren Segeln: Mit der Wertediskussion, mit „Steiermark der Regionen“, mit dem Demokratiepaket und mit einem guten Aktionspaket für einen starken Standort für Arbeit und Wirtschaft - wird uns das gelingen (*Applaus SPÖ*).

K P Ö

Stadträtin Elke K A H R

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen!

Wir halten heute unsere Budgetdebatte mitten in der Adventzeit ab. Die Menschen in unserer Stadt wissen aber, dass es einen großen Unterschied zwischen der Stadt Graz und dem bevorstehenden Weihnachtsfest gibt: Die bestimmenden Kräfte hier im Haus handeln nämlich schon lange nicht mehr wie das Christkind, sondern sie verhalten sich schon eher wie der Krampus, der Einschnitte in vielen Bereichen bereithält.

Dabei muss man immer wieder daran erinnern, dass die Finanzlage unserer Stadt kein Schicksal ist, sondern auf vielen Ebenen politisch erzeugt und gemacht wird:

- Stadtpolitiker, die bei Großprojekten über die Verhältnisse von Graz gelebt haben,
- LandespolitikerInnen, welche mit einer attraktiven Landeshauptstadt zwar glänzen wollen, deren finanzieller Beitrag für das Funktionieren unserer Stadt sich aber in engen Grenzen hält,
- Bundespolitiker, denen immer neue Aufgaben für die Gemeinden einfallen, die aber sehr knausrig sind, wenn es um die Finanzierung dieser Aufgaben geht –
- und, nicht zu vergessen, eine Europäische Union, die immer wieder neue Richtlinien beschließt, die wir an der Basis nur schwer verdauen können.

Die große Skepsis gegenüber der Europäischen Union, wie wir sie auch vor wenigen Tagen hören konnten in den Medien, ist berechtigt, denn von der damaligen Staatssekretärin und heutigen Siemens-Vorstandsvorsitzenden Brigitte Ederer versprochenen tausend Schilling mehr im Monat kann die Mehrheit der Menschen nur träumen. Als neoliberales Projekt hat die EU vor allem eines zum Ziel: Das Zurückdrängen des öffentlichen Sektors zu Gunsten der Privatisierung und das Betreiben einer restriktiven Geld- und Budgetpolitik. Diese Politik gekoppelt mit einer

Politik der Regierung im Bund führt dazu, dass die Gemeinden und Städte ihrem sozialen Auftrag nicht mehr in der notwendigen Form nachkommen können.

Die KPÖ, meine Fraktion, sieht das sehr wohl und nicht erst seit diesem Jahr, sondern wir haben hier schon mehrmals bei Budgetdebatten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es notwendig ist, hier in der Stadt Graz einen Schulterschluss zu machen. Es genügt nicht, wie Stadtrat Riedler heute hier durchaus zu Recht auf die Probleme, wo uns Bund und Land im Stich lassen, hingewiesen hat, aber ich frage Sie und auch hier in der Stadtregierung, meine Damen und Herren, wo war der gemeinsame Widerstand? Ich kann mir nicht vorstellen, dass es hier im Alleingang geht, das kann nur gemeinsam gehen. Wir von KPÖ, und da rede ich nicht nur für meine Fraktion, sondern vor allem auch für meine Kollegin Stadträtin Wilfriede Monogioudis, hier haben Sie uns, wenn es um Angriff von außen um ein weiteres Bedrängen von Bund und Land geht, immer an ihrer Seite, weil ich überzeugt bin, dass nur dieser Weg dazu führen kann, nicht nur die Öffentlichkeit aufzurütteln, sondern, dass es auch dann nur einen Kurswechsel gibt, um, und um das muss es uns hier in der Stadt Graz gehen, der soziale Zusammenhalt auch weiter gewährleistet werden kann (*Applaus KPÖ*).

Meine sehr verehrten Damen und Herren vor allem von ÖVP und SPÖ! Einen Vorwurf kann ich Ihnen und meine Kolleginnen und Kollegen nicht ersparen. Sie reden in der Öffentlichkeit sehr oft davon, dass die KPÖ eine Neinsagerpartei ist, Gemeinderat Schönegger hat auch heute wieder gesagt, wir übernehmen keine Verantwortung und wir würden uns weigern, Verantwortung zu übernehmen. Sie schließen uns aber durch ihre eigenen Methoden aus dem Entscheidungsprozess aus.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ihr braucht nur aufzuzeigen.

StRin. **Kahr:** Wie sind die Verhandlungen zur Vorbereitung des Budgets 2006 gewesen? Meine Kollegin Stadträtin Monogioudis und ich sind erst am 18. November dieses Jahres kaum mehr als eine Stunde vor der Pressekonferenz in den

Grundzügen über das Budget 2006 informiert worden. Sie hätten genauso gut uns gleich zur Pressekonferenz einladen können, ich kann mir vorstellen, dort hätten wir sogar noch mehr Zeit gehabt, um nachzufragen und vielleicht auch noch mehr Details zu erfahren. Den detaillierten Budgetentwurf haben wir am 5. Dezember bekommen, Klubobmann Schmalhardt wurde am Nachmittag des 6. Dezember bei Stadtrat Riedler eingeladen, um eine letztmalige Budgetinformation zu erhalten, das kann, meine Damen und Herren, wie immer Sie die KPÖ beurteilen und sehen, aber nicht der Weg sein, die Beurteilung, dass hier zwei Stadträtinnen und Stadträte sitzen, ist durch eine Wahl entschieden worden und wir haben, ob Sie das wollen oder nicht, auch zwei Mandate hier auf der Stadtregierungsbank (*Applaus KPÖ*).

Die KPÖ hat vor allem, und das wissen alle hier im Hause, im Rahmen ihrer Verantwortung für die Ressorts, und wir sind für das städtische Wohnungswesen, für die Wirtschaftsbetriebe, für das Gesundheitswesen und für das Veterinäramt zuständig, in der Vergangenheit immer korrekt gearbeitet, die Aufgaben korrekt erfüllt und vor allem auch im Interesse der Bevölkerung gearbeitet und wir werden das auch weiterhin tun.

Wir haben aber, und das ist auch kein Geheimnis, Herr Gemeinderat Schönegger, andere Ansichten in Grundfragen der Kommunalpolitik als die ÖVP, nur zum Beispiel und wir sind nicht bereit, Aussagen, die wir vor einer Wahl getroffen haben, nach einer Wahl in den Wind zu schlagen. Es ist ja allgemein bekannt, nicht nur draußen bei der Bevölkerung, sondern auch hier im Hause, dass wir gegen Ausgliederungen und Privatisierungen sind (*Applaus KPÖ*) und es ist auch allgemein bekannt, dass wir keinen Belastungen zustimmen, die noch mehr dazu beitragen werden, dass Familien, alleinerziehende und ältere Menschen es noch schwerer haben. Uns deshalb von Verhandlungen auszuschließen und uns keine Möglichkeit zu geben, rechtzeitig unsere Positionen einzubringen, auch wenn Sie ihnen nicht gefallen, halte ich nicht nur demokratiepolitisch für schlecht, sondern das ist einfach ein schlechter Stil, der meiner Meinung nach seinen Ursprung in einem schlechten Gewissen hat. Wenn Sie sich dazu bekennen, uns auszugrenzen, dann dürfen Sie uns auch nicht vorwerfen, dass wir Ihrer Politik nicht zustimmen. Die Ablehnung dieses Budgetvoranschlages durch die KPÖ ist die einzige Konsequenz, die uns in dieser Situation bleibt (*Applaus KPÖ*).

Wenn Sie in der Vergangenheit eine vorbildliche Politik betrieben hätten, dann könnte man vielleicht verstehen, dass Sie sich mitunter wie unfehlbare Götter verhalten. Es sind aber Ihre Parteien, die für die hausgemachten Ursachen des Finanzdebakels in Graz verantwortlich sind, und es sind auch Ihre Parteien, im Bund und im Land, die uns in Stich gelassen haben. Und auch noch eines zum Gemeinderat Schönegger: Ich bin normal nicht so, dass ich auf jeden Nebensatz, den irgendwer sagt, eingehe, aber zu dem Beispiel, weil Sie gemeint haben, von Almosen, es ist Ihre Partei, die dazu beiträgt, dass Menschen, die keine Arbeit haben, nicht mehr wissen, wie sie die Stromrechnung im kommenden Monat bezahlen, die nicht mehr wissen, wie Sie die Heizkosten bezahlen, Sie tragen wesentlich, Ihre Partei trägt dazu bei, dass Menschen zu uns kommen, weil sie nicht mehr weiterwissen, dann sind wir auch bereit, ihnen weiterzuhelfen, weil wir nicht mehr warten können und weil wir hier im Hause nicht warten können, bis sie eine andere Politik machen.

Zwischenruf StR. Miedl: Wieso?

StRin. **Kahr:** Fragen Sie Ihren Kollegen, den Sie sonst sehr oft erwähnen und auch Sie in Ihrer Rede, fragen Sie hier den Caritasdirektor Kügerl und fragen Sie ihn auch, was er von unserer Haltung hält.

Zwischenruf StR. Miedl: Ich frage Sie, nennen Sie mir einen Grund.

StRin. **Kahr:** Sie sind, Herr Ex-Nationalrat, Sie hätten sich sehr dafür einsetzen können, um hier einen Kurswechsel zu erfolgen. Sie können gerne da anschließen, jetzt bin ich am Wort.

Zwischenruf StR. Miedl: Das ist Schwäche.

StRin. **Kahr:** Das ist nicht Schwäche, lieber Freund, Schwäche haben Sie in den letzten Jahren im Bund gezeigt. Die KPÖ hier im Hause hat nämlich zum Unterschied von Ihnen, immer rechtzeitig davor gewarnt...

Zwischenruf StR. Miedl: Nennen Sie mir einen Grund.

StRin. **Kahr:** Sie können, jetzt bin ich am Wort, Sie können gerne dann stundenlang Beiträge halten, ich habe das fünf Jahre lang in der vorletzten Gemeinderatsperiode eh hier im Haus erleben können, aber das ist ein anderes Kapitel. Ob es um die Kosten für die Kulturhauptstadt gegangen ist, um den Ausverkauf des Energiesektors der Grazer Stadtwerke oder um die Grazer Messe. Die Konsequenzen, vor denen wir gewarnt haben hier im Hause, sind eingetreten. Jetzt ist die Stadt Verpflichtungen in Millionenhöhe für ein Unternehmen eingegangen, dessen Zukunftsaussichten nicht gerade optimistisch eingeschätzt werden können. Ich möchte Ihnen aber auch nur ein Beispiel, wo wir schon längst einsparen hätten können, hier sagen. Die Stadt hätte, wenn sie 1998 dem KPÖ-Vorschlag gefolgt wäre und die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von neun auf sieben vorgenommen hätte, sich insgesamt bis heute vier Millionen Euro einsparen können (*Applaus KPÖ*).

Jetzt wird ein Finanzpaket nach dem anderen geschnürt. Die Stadt Graz verkauft, was noch zu verkaufen ist. Es ist zu befürchten, dass in den kommenden Jahren das Kanalnetz zu Geld gemacht werden soll. Darüber hinaus könnten auch noch andere Privatisierungen im Raum gestehen. Unsere Warnung, wer verkauft, ist schon verkauft, bewahrheitet sich leider immer mehr. Dass die Gemeindewohnungen bisher ausdrücklich vom Privatisierungskurs ausgenommen

werden, ist nicht der Einsicht von ÖVP und SPÖ und verdanken, sondern den mehr als 13.000 Grazerinnen und Grazer, die sich bei der Volksbefragung heute vor genau einem Jahr gegen den Verkauf der Gemeindewohnungen ausgesprochen haben (*Applaus KPÖ*).

Wenn wir von einer lebenswerten Stadt Graz sprechen, dann müssen wir vor allem den ökologischen Interessen mehr Gehör schenken als den ökonomischen. Dazu gehören der Altstadtsschutz genauso wie die Problematik um den Gaststättenlärm. Viele Entscheidungen hier im Hause sind aber gegen die betroffene Bevölkerung ausgefallen, ich nenne hier nur einige Beispiele wie Muster-Land, Messegründe, Kickergründe, Innenhofverbauungen, die Aufweichung im Landesgesetz bei den Einkaufszentren, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir werden auch weiterhin eine Politik unterstützen, die das Gemeinwohl und nicht das Einzelinteresse zum Ziel hat, wir halten den Weg für falsch und werden in Stadt und Land auch weiterhin uns für eine ökologische Stadtentwicklung einsetzen.

Wir haben hier im Haus schon sehr oft die negative Erfahrung gemacht, dass zuerst eine Studie in Auftrag gegeben wurde und am Ende der Verkauf von öffentlichem Eigentum und Einsparungen herausgekommen sind. Jetzt dient als Grundlage für die Schließung von Zweigstellen städtischer Bibliotheken wieder eine Studie.

Zwischenruf StR. Miedl: Wer sagt das?

StRín. **Kahr:** Zählen nicht tausende von Unterschriften und der Protest...

Zwischenruf StR. Miedl: Sie stellen hier Behauptungen auf, die Sie nicht belegen können. Woher haben Sie das?

StRin. **Kahr:** von einem Zeitungsartikel, wo Sie selbst zitiert haben. Ich werde mich überraschen lassen, sollte das nicht so sein, ich möchte nur noch einmal betonen, und wenn du hier umdenkst, dann freue ich mich sehr, wenn du überhaupt noch nie in diese Richtung gedacht hast, dann freut mich das umso mehr, weil dann kann ich dir nur eines sagen, das es hier tausende Unterschriften von der Bevölkerung gibt, es gibt viele Kultur- und Bildungseinrichtungen, die sich gegen eine Schließung von Zweigstellen in vor allem benachteiligten Stadtgebieten richten, das möchte ich dir hier nur sagen, notiere es dir ruhig auf, wenn du hier einen andere Weg gehen wirst, dann sage ich nur, gut so.

Zwischenruf StR. Miedl: Zuerst anschütten und dann beruhigen.

StRin. **Kahr:** ÖVP und SPÖ verlangen nämlich von der Bevölkerung, Verständnis für den Sparkurs aufzubringen. Gleichzeitig ist aber das Bürgermeisteramt um 300.000 Euro umgestaltet worden. Hätte man sich diese Investition zum Beispiel nicht für bessere Zeiten aufheben können? Und ich frage Sie, warum wird hier nicht die Frage gestellt, in welchem Zeitraum sich dieser Umbau für die Stadt Graz eigentlich rechnet?

Und es kommt in unserem Haus auch immer wieder zu Skandalen. Hatten wir uns zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode mit dem Fall ININ zu beschäftigen, so können wir heute nicht mit Gewissheit sagen, welche Entwicklungen es noch im Fall Cleaner Production geben wird.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das sind laufende Verfahren, da kann man noch nichts sagen.

StRin. **Kahr:** Nur eines ist sicher, die Stadt muss abermals Steuergelder verwenden, um, wie uns gesagt wird, noch Schlimmeres zu verhindern (*Applaus KPÖ*). In diesem Zusammenhang auch ein ganz klares Wort der KPÖ: Wir halten es für falsch, dass sehr viele Aufsichtsräte von Gesellschaften, wie auch der CPC, lediglich von Vertreterinnen und Vertretern der bestimmenden Parteien der ÖVP und SPÖ beschickt werden. In diesen Kontrollorganen muss Platz für Vertreterinnen und Vertreter aller hier im Gemeinderat vertretenen Parteien sein (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Zuerst kritisieren und dann dabei sein wollen.

StRin. **Kahr:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für meine Kollegin Wilfriede Monogioudis und für mich ist Verantwortung kein Fremdwort. Wir versuchen, in unseren Ressorts unter sehr schwierigen Bedingungen positive Ergebnisse zu erzielen. Die Einschnitte im Voranschlag machen dies zwar für uns nicht leichter, aber nicht unmöglich.

1998 hatten wir noch knapp 1000 Gemeindewohnungen ohne Bad und zum Teil mit WC am Gang. Wir hatten Häuser, die seit der Errichtung in der Zwischenkriegszeit nicht saniert wurden.

Zwischenruf GRin. Gesek: Das war Stoiser, ein ÖVP-ler.

StRin. **Kahr:** Er hätte Zeit gehabt, sie zu sanieren. Der Nachholbedarf, es wird auch das durch noch so viele Reden dieser Geschichte, das ist ein dunkler Fleck und den bekommen Sie auch nicht weg. Der Nachholbedarf war enorm, dank eines beachtlichen Engagements meines Vorgängers Ernest Kaltenegger gemeinsam mit

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Wohnhausverwaltung, kann auf mehr als eine positive Bilanz hingewiesen werden. Die Kienzsiedlung, welche völlig abgewohnt war, und zu einem beachtlichen Teil aus Substandardwohnungen bestand, wurde bis auf wenige Häuser, wo MieterInnen keine Änderung wollten, generalsaniert. Zeitgemäße Bäder, Heizungen, Wärme- und Trittschalldämmungen sowie Fernwärme statt Einzelöfen sind dort jetzt Standard. Umfassende Sanierungen von Wohnhäusern in der Fröbelgasse, in der Hackhergasse und am Bahnhofgürtel sollten ebenso erwähnt werden wie der Sanierungsschwerpunkt Triestersiedlung, wo der nördliche Muchitschblock mittlerweile schon mehr als zur Hälfte mit Kategorie-A-Wohnungen ausgestattet wurde. Über 600 Wohnungen wurden mittlerweile mit Nasszellen ausgestattet. Ein Bad für jede Gemeindewohnung ist keine utopische Forderung mehr, sondern in erreichbarer Nähe. Hinzu kommt, dass durch die Fernwärmeeinbauten auch ein wichtiger Beitrag zur Lösung des Feinstaubproblems geleistet wird. Neben der Schaffung von neuem Wohnraum sehe ich vor allem den Schwerpunkt meiner Arbeit in den kommenden Jahren, diese Sanierungsoffensive auch weiter fortzusetzen. Die Erfüllung dieses Versprechens für die Menschen in Graz ist für mich von größter sozialer Bedeutung. Es wäre ein Schande für eine Stadt, die sich Kulturhauptstadt Europas nennen durfte, wenn sie abseits der glänzenden Kulturstätten sozial schwächeren Bürgerinnen und Bürgern lediglich Wohnungen ohne Bad zubilligen würde. Diese notwendigen Investitionen künftig auf Kosten und Nutzen durchzurechnen wäre ein sozialpolitischer Rückschritt und würde die Chance auf eine bessere soziale Durchmischung verhindern.

Für meine Kollegin Wilfriede Monogioudis ist die Sache, vor allem bei den Wirtschaftsbetrieben, um einiges schwieriger. Obwohl die Einnahmen aus den Müllgebühren laut Statut den Wirtschaftsbetrieben gutzuschreiben sind und obwohl auch die Gebührenerhöhungen mit dem höheren Aufwand auf Grund gestiegener Treibstoffpreise begründet wurden, werden den Wirtschaftsbetrieben hier 8,7 Millionen Euro abgezogen.

Die Wirtschaftsbetriebe sind deshalb im kommenden Jahr erstmals gezwungen, Darlehen aufzunehmen und zwar nicht nur für Investitionen, sondern auch für den laufenden Aufwand. Wir sehen darin eine durchaus problematische und gefährliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Die Finanzmisere der Stadt Graz ist, wie schon gesagt, nicht nur hausgemacht. Daher kann die Stadt auch ohne Hilfe von Bund und Land ihre Finanzprobleme nicht lösen.

In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der Städte und Gemeinden am gemeinsamen Steueraufkommen aber prozentuell verringert, trotz ständig zunehmender Aufgaben für die Gemeinden. Es spricht alles dafür, dass es sich hier um eine Strategie handelt, die ein Aushungern der Kommunen, das unter anderem zu einer Privatisierung vieler Bereiche führen soll, zum Ziel hat.

Wir von der KPÖ bekämpfen das auf das Entschiedenste. Kommunale Leistungen, wie im Bereich der Daseinsvorsorge, sozialer Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Gesundheitsvorsorge, öffentlicher Verkehr, Behinderten- und Altenbetreuung, sind für die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts in unserer Stadt unverzichtbar.

Erschwerend für die Stadt Graz ist die Haltung der Landespolitik. Das Land Steiermark darf sich angesichts unserer Finanzlage nicht aus der Verantwortung ziehen. Deshalb verlangen wir unter anderem:

- den Verzicht auf die Landesumlage seitens des Landes Steiermark,
- die Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung eines Nahverkehrsbeitrages für die Unternehmer nach dem Muster der Wiener U-Bahn-Steuer zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs,
- die Finanzierung einer Offensive zum Bau leistbarer Mietwohnungen,
- die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen,
- Abschaffung der Regresspflicht für SozialhilfeempfängerInnen,
- Novellierung des Grazer Altstadtgesetzes,
- eine Zweckbindung der Mittel für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Die KPÖ-Fraktion im Landtag wird diese Forderungen unterstützen. Ich ersuche auch Sie, sich dafür einzusetzen, dass im Landtag dieser notwendige Kurswechsel eingeleitet wird.

Zum Abschluss möchte ich daran erinnern, was die KPÖ bereits zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode gesagt hat:

Wir brauchen in unserer Stadt eine Wertediskussion, die hätten wir vor einigen Jahren schon gebraucht, nicht erst jetzt in den kommenden Jahren, und ich hoffe, und ich hoffe wirklich sehr, dass diese Wertediskussion nicht erst dann abgeschlossen ist, wenn die nächste Gemeinderatsperiode beginnt. Wenn wir diese Wertediskussion hier im Hause ernsthaft führen wollen, dann müssen alle Parteien eingeschlossen werden und ich würde mich auch nicht davor verschließen, die Bevölkerung mit einzubeziehen. Wenn wir nur eine bestimmte Summe Geldes zur Verfügung haben, wofür geben wir sie aus? Diese Frage, die sich jede Familie stellen muss, ist auch für uns wichtig. Wir müssen soziale Leistungen wie Kindergärten, Schulen, die Daseinsvorsorge, den öffentlichen Verkehr, sozialen Wohnbau absichern und da oder dort sogar ausbauen.

Das Budget 2006 geht aus unserer Sicht nicht in diese Richtung. Wir stopfen durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum Finanzlöcher, wir sind immer weniger in der Lage, grundlegende Aufgaben einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung zu erfüllen – und das in einer Situation der globalen Gefährdung des Friedens und eines gesellschaftlichen Grundkonsenses des Zusammenlebens. Die Reichen werden immer reicher, die Armut breitet sich in einem der reichsten Länder der Welt immer mehr aus und schon jetzt ist es so, dass ohne staatliche Sozialleistungen 42 % der Menschen in Österreich armutsgefährdet wären. Davon, vor allem Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende und ältere Menschen. Man braucht dazu aber keine Statistiken, um diese Entwicklung auch in unserer Stadt Graz zu sehen. Wir dürfen deshalb nicht darauf verzichten, rechtzeitig entgegenzusteuern.

Vor wenigen Tagen ist bekannt geworden, dass Österreichs Konzerne im Jahr 2005 einen Gewinn von neun Milliarden Euro gemacht haben. Spitzenmanager bekommen Millionengehälter. Im Bund und Land gibt es personell aufgeblähte Kabinette und Regierungsmitglieder, allein die Ministerbüros der Bundesregierung kosteten im Vorjahr 12 Millionen Euro. Und da soll kein Geld für soziale Maßnahmen da sein? Es ist sehr empfehlenswert, den Armutsbericht zu lesen, aber vor allem auch den Reichtumsbericht, meine Damen und Herren. Reichtum und Vermögen steigen in unserem Land von Jahr zu Jahr um Prozentsätze, wie man es sich von den Löhnen, Gehältern und Pensionen schon seit vielen, vielen Jahren nur mehr träumen kann (*Applaus KPÖ*).

Die Gemeindewohnungen, meine Damen und Herren, in Graz sind in der Zwischenkriegszeit errichtet worden. In jenen Jahrzehnten, die unsere Eltern und Großeltern als die schlechte Zeit bezeichnet haben. Wichtige Sozialleistungen sind unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg geschaffen worden und wir sollen nicht in der Lage sein, einen Kurswechsel durchzusetzen?

Ein Kurswechsel ist möglich, wenn man das Wort von der gesellschaftlichen Umverteilung von oben nach unten ernst nimmt.

Für uns von der KPÖ hat das Wort Solidarität seine Bedeutung nicht verloren und auch nicht verändert. Es geht um solidarisches Verhalten im Alltag genauso wie um Solidarität mit den Schwächeren und um das gemeinsame Eintreten für gemeinsame Ziele. Dieses solidarische Verhalten zu fördern und einem Zerfall der Gesellschaft entgegenzutreten, wird auch weiterhin die Arbeit der gesamten KPÖ-Gemeinderatsfraktion in der Stadt Graz bestimmen (*Applaus KPÖ*).

Abschließend aber, meine Damen und Herren, möchte ich allen Bediensteten der Stadt Graz für ihre Arbeit im ablaufenden Jahr bedanken. Sie haben es unter diesen Rahmenbedingungen nicht leicht. Aber sie haben, alles in allem, dafür gesorgt, dass die Menschen in unserer Stadt Graz eine funktionierende Stadtverwaltung nutzen und vorfinden konnten. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRÜNE

GRin. Lisa R Ü C K E R

Liebe noch anwesende Kolleginnen und Kollegen! Während die einen die Nerven wegschmeißen, sind auch einige, wie man von oben unschwer erkennen kann, mit anderen Dingen beschäftigt als mit dem Budget. Es ist erstaunlich, wie viele ihre Weihnachtspost heuer noch nicht erledigt haben oder die Zeitung heute noch nicht gelesen haben. Es geht heute immerhin um das Budget und es ist, denke ich mir, eine öffentliche Sitzung, also würde ich doch einmal meinen, dass man dem Budget vielleicht ein bisschen mehr Bedeutung beimessen könnte.

Zwischenruf GR. Dr. Hammer: Wenn die Reden besser wären und inhaltlicher, dann würden wir das auch tun.

GRin. **Rücker:** Ja, das können Sie ihrem Kollegen ausrichten, bitte sehr. Dann schauen wir, ob sie besser werden. Ich möchte jetzt zum Thema Voranschlag 2006 zuerst einen Begriff benutzen, den der Kollege Schönegger heute schon mehrfach benutzt hat, der auch immer wieder gerne ins Treffen geführt wird, wenn es um Budgets geht, nämlich, dass der gemeinsame Wille, der politische Wille in einem Budget zum Ausdruck kommt. Ich würde jetzt hier in der Stadt Graz sagen, hier geht es um den gemeinsamen politischen Willen all derer zumindest, die einmal hier auf der Regierungsbank sitzen. Sichtbar am vorliegenden Budget der Stadt Graz 2006 wird immerhin der Wille des Finanzreferenten, den Haushalt bis 2010 zu konsolidieren und sichtbar wird auch die enorme Anstrengung, die sich für eine große Anzahl von Personen dahinter verbirgt. Und ich möchte auch an dieser Stelle natürlich nicht hintanhaltend mit einem Dankeschön an alle Beamten und Beamtinnen, an alle MitarbeiterInnen in der Finanzdirektion, aber auch in anderen Abteilungen, dass es zu diesem Budget gekommen ist (*Applaus Grüne*). Und an dieser Stelle

kann man auch sehr deutlich sagen, dass es einige der Anstrengungen sind, die aus unserer Sicht durchaus in die richtige Richtung gehen und sogar sehen wir hier und dort einen Paradigmenwechsel, der sicher nicht zuletzt auch deswegen eintritt, weil wir Grüne doch einige wesentliche Vorstöße in den letzten Jahren gemacht haben und auch in diesem Haus durchaus hartnäckig gewisse Dinge einfordert haben.

Zum Beispiel das Thema Auslagerungen. Nicht zuletzt auf wiederholtes Drängen von uns gibt es mittlerweile die ersten Schritte in Richtung eines Beteiligungscontrollings, das hat immerhin schon dazu geführt, dass bei den 28 Gesellschaften, die die Stadt mittlerweile überwiegend zu 100 % Eigentümerinnenschaft besitzt, ihre Rolle als Eigentümerin etwas ernster nimmt als bisher. Dass es dabei auch schon zu konkreten Ausgabenreduktionen gekommen ist, ist ebenfalls positiv. Aus heutiger Sicht und mit der mehr als traurigen Erfahrung aus der noch immer nicht ausgestandenen CPC-Affäre wird aber sehr deutlich, wie lange hier weggeschaut wurde. Wie lange ohne jede Steuerung eine Stadt neben der Stadt entstehen konnte, die nach eigenen Gesetzen funktioniert. Und zu gerne wird dabei vergessen, dass es hier um öffentliches Geld geht, es geht hier um öffentliches Eigentum, um gemeinsam erwirtschaftete Steuern. Dieser Blick sollte uns nicht abhanden kommen. Und auch wenn es im CPC womöglich herausstellen wird, dass es einzelne Personen gegeben hat, die dort versagt haben, die Verantwortung dafür, dass es so weit gekommen ist, die liegt bei der Politik, die liegt bei einzelnen Referenten in dieser Stadtregierung in einer vorhergehenden Stadtregierung genauso wie auch bei uns im Gemeinderat, das muss hier einmal festgestellt werden und darüber werden wir noch viel zu diskutieren haben, denn viele Beschlüsse sind auch hier durch dieses Haus gegangen.

Es bleibt aber zu hoffen, dass auf Grund der jahrelangen Versäumnisse im Umgang mit den städtischen Gesellschaften nicht noch mehr Untiefen auftauchen. Deutlich wurde aber schon jetzt, dass es doch immer noch um gar nicht effiziente Parallelstrukturen geht, ich möchte das Facilitymanagement, das du heute wieder aufgelistet hast, noch einmal erwähnen, das wird jetzt seit drei Jahren angekündigt als effizienter zu gestalten, bis jetzt ist davon noch nicht so viel zu spüren. Und für uns Grüne wurde die Frage, ob jetzt eine Auslagerung in eine Gesellschaft wirklich der effizientere Weg ist, bis jetzt noch nicht bestätigt. Der so genannte Konzern Graz ist mittlerweile ein gewaltig angewachsener Apparat, der immerhin den größten Anteil

des städtischen Vermögens momentan besitzt, der auch und das ist, denke ich mir, auch nicht aus dem Auge zu verlieren, wesentliche Grundversorgungsleistungen für die BürgerInnen dieser Stadt übertragen bekommen hat. Das wird in manchen Diskussionen mit manchen Gesellschaften manchmal etwas unterbeleuchtet. Hier endlich die Kontrollleine anzuziehen, war also höchste Zeit und in diese Richtung muss es auch weitergehen.

Ein zweiter Bereich, der uns immer wichtig war und den wir oft eingefordert haben, das ist mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Zahlenwerkes. Auch hier könnte noch einiges mehr geschehen, aber trotzdem sehen wir, und das ist nicht zuletzt dank einer diffiziler Arbeit des Herrn Kicker gelungen, ein wesentlich besser und verständlicher zu lesendes Budget vorgelegt worden als noch in den letzten Jahren. Ein weiterer Ansatz, der in der außerordentlichen Gebarung durchaus unsere Zustimmung findet, ist die angekündigte Schwerpunktsetzung bei den Investitionen in den nächsten Jahren. Wir sehen natürlich, dass diese Stadt ihre Grenzen hat, sehen aber auch die Notwendigkeit und haben das auch in den letzten Budgetreden massiv eingefordert, dass eine Stadt nicht darauf verzichten kann, zu investieren und an eine eigene Zukunft zu glauben. Und wir hoffen und so wie es in der AOG beschrieben ist, im Text dazu, dass trotzdem es nicht mehr so leicht möglich sein wird, dass es große und teure Projekte hier herinnen gibt, die ohne Einschätzung der Folgekosten in parteipolitischen Hin- und Her-Tauschgeschäft beschlossen werden. Also wenn das gelingt, dann gelingt schon viel und das ist jetzt einmal als Absichtserklärung da. Wir werden unsere konstruktive Mitarbeit bei der Schwerpunktsetzung in dem Bereich anbieten, weil ich glaube, da geht es um eine hohe Disziplin, aber eben auch um ein Hinausschauen über die nächste Gemeinderatswahl, um hier Schwerpunkte zu setzen, die nachhaltig sind und da werden wir sehen, ob es nur bei einer bloßen Willenserklärung bleibt oder ob Sie es wirklich schaffen hier Schwerpunkte zu setzen, die von allen getragen werden.

Die ausgabenseitig von uns immer wieder kritisierten linearen Kürzungen, die finden heuer nicht in dem Ausmaß statt oder eigentlich sind sie nicht abzulesen. Sie werden ja auch kurzfristig und nicht nachhaltig, stattdessen gibt es ein, du beschreibt es ja als Experiment zum Thema Eckwertebudget, von dem wir noch nicht ganz sicher sind und was noch abzuwarten bleibt, wie sich das auf den Umgang mit den

Ermessensausgaben vor allem auswirken wird. Wir werden vorsichtig sein, werden das genau beobachten, sehen aber durchaus, dass es sich nicht um eine durch alle Bereiche massive Kürzung, so wie es zum Beispiel der Bundesrechnungshof fordert und nicht unbedingt von uns unterstützt wird, durch alle Bereiche handelt. Also den Teil sehen wir sehr wohl.

Einsam statt gemeinsam, das ist der Bereich, der uns doch etwas aufregt. Ich komme jetzt eher zu den Teilen, die uns dazu veranlassen, diesem Budget nicht zuzustimmen. Wir sehen den politischen Willen, das Budget zahlenmäßig zu sanieren, aber wir sehen die gemeinsame politische Zielsetzung, wir sehen den gemeinsamen politischen Willen dieser Stadtregierung nicht. Es gibt und es gab wieder keine echte Zielediskussion, es wird wieder eine Wertediskussion angekündigt für die nächste Periode, die wird schon seit drei Jahren angekündigt. Es gibt keine politischen Prioritäten und Schwerpunktsetzungen, auch wenn ich jetzt hören werde, dass im Sozialbereich ein Schwerpunkt gesetzt wurde. Es gab dort keine wesentlichen Kürzungen, es wird dort keine Kürzungen geben nächsten Jahr im großen Ausmaß, es wird mehr oder weniger ein gleich bleibendes Budget sein. Das ist aber auch der einzig richtige Weg, wenn man sich endlich vor Augen führt, dass wir die höchste Arbeitslosigkeit seit Kriegsende haben, dass wir eine Armut haben, die heute schon mehrfach angesprochen wurden, die exorbitant steigt im Verhältnis zu einem auf der anderen Seite unermesslichen Ansammeln von Gewinnen. Vor dem Hintergrund ist ein schon seit Jahren gleich bleibendes Budget nicht mehr ausreichend.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Es ist nicht gleich geblieben, es ist gewachsen, aber das weißt du.

GRin. **Rücker:** Ja, aber im Verhältnis, aber da müsste mehr geschehen. Wir sehen natürlich, dass die Sozialpolitik auf Bundesebene, das haben wir heute auch schon gehört, versagt, wir sehen auch, dass in einer neueren liberalen EU-Politik Sozialpolitik an und für sich sehr gerne in Frage gestellt wird in letzter Zeit und um

hier präventiver wirken zu können und wirklich etwas bewirken zu können, würde eine Schwerpunktsetzung, eine echte Schwerpunktsetzung bedeuten, dass man jene Bereiche besonders ausstattet, die für den sozialen Frieden in dieser Stadt sorgen, der eben unbezahlbar ist, wenn man nach Frankreich schaut. Die Themen der Zukunft der Stadt werden die Folgen der demographischen Entwicklung sein, der Umgang mit Zuwanderung und die Arbeitslosigkeit. Das werden die großen Herausforderungen in den nächsten Jahren sein und hier wird jeder sinnvoll eingesetzte Euro präventiv und vorausschauend. Und da wäre auch eine ressortübergreifende Herangehensweise unumgänglich.

In den anderen Ressort fehlen uns die Hinweise auf eventuelle Schwerpunktsetzungen und schon gar, wenn man die Diskussion aus der letzten Gemeinderatssitzung und aus der vorletzten Gemeinderatssitzung noch sich herholt, da mussten wir ja erleben, dass es irgendwie den gemeinsamen Willen über die eigenen Grenzen hinweg mit den KollegInnen gemeinsam einer positiven Vision dieser Stadt zu folgen, irgendwie es gelingt nicht, es wird immer nur die Verantwortung hin- und hergeschoben. Und da wird jetzt gesagt, mit dem Eckwertebudget müssten die einzelnen Ressortverantwortlichen mehr Verantwortung übernehmen. Nur wie stellt sich diese dar? Es gibt eine einzige Stadträtin, die Elke Kahr, die es bis Freitag geschafft hat, ihre Schwerpunkte 2006 vorzulegen, knapp aber doch, sie wurden vorgelegt, von keinem anderen Ressort liegt etwas in dieser Art vor, das ist wirklich noch nie da gewesen in diesem Haus und es passiert gleichzeitig zu einem Moment, wo es heißt, im Eckwertebudget wird die einzelne Verantwortung der Ressorts größer, also von dieser Verantwortung spüren wir nichts. Und in jedem mittleren Betrieb, und wenn ich schon den Vergleich der Stadt mit einem Unternehmen heranziehe, dann an dieser Stelle. Dort ist ein Management, anhand von Zielplanung längst gelebte Praxis. Nur da in der Stadt gibt es das nicht. Wie soll das für die BürgerInnen, wie soll das für uns im Gemeinderat überprüfbar sein, ob hier Ziele erreicht wurden. Woran wollen Sie in der Stadtregierung gemessen werden, daran, dass Sie die Sparsamsten waren, ist das Ihr politisches Ziel für diese Stadt? Ich hoffe doch wohl nicht. Im Rechnungsabschluss übernächstes Jahr werden wir dann wieder lesen, sehr spät im Jahr, dass sehr sparsam umgegangen wurde mit den Mitteln und auch wirtschaftlich, aber ob man auch zweckmäßig, das ist übrigens der dritte Grundsatz, damit umgegangen wurde,

wie soll man das messen, diese Frage können nur Sie selbst beantworten, indem Sie die inhaltlichen Aufgaben endlich, und das liegt jetzt in Ihrer Verantwortung noch mehr als bisher, mit den Zahlen in Verbindung bringen, die vorgelegt werden. Und hier ist leider die Diskussion sehr mangelhaft gewesen, eine gemeinsame Verantwortungsübernahme ist aus unserer Sicht noch nicht spürbar. Und ich fordere Sie auf, hier endlich diese Verantwortung zu übernehmen und klare Konzepte vorzulegen, inhaltliche Konzepte, die Zahlen alleine sagen wenig aus. Die Ressourcen dafür, die gibt es nämlich, sie haben gutes Personal, sie haben gute Ausstattungen in ihren Büros und daran wird ja auch nichts herumgekürzt. Das heißt, die Politik steigt ja aus diesem Budget wieder einmal nicht sehr schlecht aus, das heißt, wenn die Ressourcen da sind, dann wären die einfach auch zu nutzen. Und hiezu kommt, dass wir zum Beispiel auch zum wiederholten Male ein Budget vorgelegt bekommen und gleichzeitig hören, ohne große Begründung, dass der Dienstpostenplan wieder nicht gleichzeitig vorliegt, sondern irgendwann Anfang nächsten Jahres vorgelegt wird. Drauf haben wir keine Erklärung, außer dass es verwaltungstechnisch nicht möglich sei, das würden wir gerne einmal beantwortet bekommen, warum das nicht möglich ist, das gleichzeitig vorzulegen, war ja auch wiederholt Kritikpunkt im Rechnungsabschluss. Aber alles in allem sind diese aufgezählten, aus unserer Sicht, Pflichtversäumnisse, wir haben den Begriff ja auch in der ordentlichen Gebarung im Text, wenig verwunderlich. Bedenkt man, dass mit dem Argument der Landtagswahl ein ganzer Sommer ungenutzt verstrichen ist. Erst im Oktober fanden die ersten ernsthaften Gespräche statt und wie wir von Elke Kahr gehört haben, wiederum nur zwischen Rot und Schwarz. Das ist nicht nur traurig, sondern zeigt auch, wie ungern hier gemeinsam Verantwortung übernommen wird und das ist leider da deutlich zu spüren.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das stimmt nicht, mit der KPÖ schon, Elke Kahr war noch nicht Stadträtin.

Dr. **Rücker**: Ja, ich habe den Eindruck gehabt, ihr habt nicht miteinander geredet den ganzen Sommerlang, ernsthaft und inhaltlich.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GRin. **Rücker**: Das reden wir nachher aus. Was auf die Stadtregierung zukommen wird, ist nämlich das Problem, dass wir mit den Einmalmaßnahmen, die wir heuer auch wieder anwenden, um das Budgetloch zu stopfen, ein hohes Ausmaß an Auflösung von Rücklagen, die berühmten Verschiebungen von Vermögen hin zur stadteigenen GBG. Wir haben das Ende der Fahnenstange spätestens 2007 erreicht. Und die Frage ist dann, wie wird das Budgetloch zu stopfen sein und spätestens letztes Jahres hätte damit angefangen werden sollen, hier endlich die Prioritätensetzung zu schaffen, damit man nicht wieder alles aufs nächste Jahr hinausschieben muss. Und es ist zu wenig, sich darauf zu verlassen, das 2007 erst übernächstes Jahr beginnt. Durch die weitere Verschiebung von diesem Vermögen zur GBG wird jene Substanz bis zum Anschlag dezimiert, über die die Stadt noch selbst verfügen kann. Und auch wenn man es bei der stadteigenen Firma zwischengeparkt haben, das Vermögen, dann kann immer noch niemand Auskunft darüber geben, ob nicht der nächste Schritt mangels eigenen Vermögens der große Ausverkauf sein wird. Diese Frage bleibt offen. 2007 bis 2010, wie dieses Loch zu stopfen sein wird, wir werden sehen und wir bleiben deswegen dabei, dass bei allem Druck, der besteht, den wir auch ernst nehmen und wahrnehmen, ein ausgeglichenes Budget zu jedem Preis nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann.

Ich komme jetzt zur vielbeklagten, seit Jahren beklagten Einnahmenseite. Andererseits ist durchaus erfreulich, dass man im Jahr 2005 schon feststellte, die Ertragsanteile sind etwas höher als angenommen, ist aber nicht ungedingt darauf zurückzuführen, dass die Stadt jetzt so großartig ihre Interessen beim Bund durchgesetzt hätte und auch im vorliegenden Voranschlag wieder angekündigt intensivere Verhandlungen, wo sind sie, sie sind nicht greifbar. Wer handelt wann

mit wem? Oder ist es so, dass hier ohne gemeinsame Abstimmung in der Stadt mit den anderen Körperschaften Gespräche geführt werden, wie die letzten Diskussionen zwischen Stadtrat Riedler, Stadtrat Rüscher, aber auch Stadtrat Eisel-Eiselsberg vermuten lassen, wie wird sich die neue politische Situation im Land auswirken, wenn du erzählst vom Kollegen Buchmann, dann ist die Frage, ob das wirklich in unserem Sinne sein wird und wird es uns besser gelingen als bisher? In diesem Haushaltsvoranschlag finden wir noch keinen Hinweis darauf. Da gibt es seit Jahren eine Vereinbarung, die der Kollege Riedler heute schon angesprochen hat, zwischen Land und Stadt, die von einigen der noch anwesenden Regierungsmitgliedern auch mitunterschrieben wurde, so werden eben diese 15 % Möst-Mittel zugesagt, die nicht geflossen sind in den letzten zwei Jahren, dieses Abkommen besagt aber auch ein schrittweises Anheben der Bedarfszuweisung durch das Land, Schritt für Schritt, aber 2002 zugesagt. Von damals und heute noch immer 11 % der 15 % des Vorabzuges der Ertragsanteile. Inzwischen sollten wir auf Grund des Finanzausgleichs 2004 aber schon bei 25 % sein. Das heißt, diese Bedarfszuweisungen, wie sie jetzt sind, führen dazu, dass wir NettozahlerInnen ans Land sind. Und Gespräche in diese Richtung haben bis jetzt, meines Wissens, nicht stattgefunden. Wenn man es zusammenrechnet, 26,9 Millionen werden uns vom Land abgezogen, bevor uns die Ertragsanteile, die heuer 188 Millionen zirka sein werden, also im Jahr 2006, 26,9 Millionen behält sich das Land schon einmal ein. Wenn man dann noch die Differenz hernimmt zwischen der Umlage und den Bedarfszuweisungen, dann kommen wir insgesamt auf einen Nettzahlungsbetrag von 34,7 Millionen Euro, da wäre immerhin der HL-Ausbau voll finanziert, fast voll finanziert.

Und auch hier fehlt jeglicher Hinweis auf Gespräche und es wird höchste Zeit werden, dass das Land darauf hingewiesen wird, dass die Stadt ein Teil dieses Landes ist und zwar mit hohem Profit für dieses Land und dass es sich verpflichtet hat, den Vereinbarungen, die übrigens interessanterweise gar nicht im Gemeinderat gelandet sind, aber es gibt sie unterschrieben von allen Herren und Damen, die damals im Jahr 2002 für diese Vereinbarung wichtig waren. Und im Gegenteil, in der letzten Zeit hat der Chef der Industriellenvereinigung sich bemüht gefühlt, das Landesbudget zu analysieren und kommt wenig überraschend zum Schluss, dass viel zu viel Geld im Sozialbereich ausgegeben wird etc. und dass es doch zu einer Lastenumverteilung vom Land hin zu den Gemeinden kommen sollte, auch die

Gemeinde Graz sollte womöglich endlich in die Spitalsfinanzierung einbezogen werden. Aber niemand reagiert drauf, das ist eine Kampfansage, die immer wieder aus dieser Richtung kommt und offensichtlich werden alle Rufe, die derzeit kommen aus dem Bereich der Lobby der Großunternehmen, und ich würde den Herrn Minister Bartenstein durchaus auch dort einordnen, die nicht in Frage gestellt werden, weil da könnte ja die Attraktivität des Standortes darunter leiden, wenn man da irgendwas Kritisches sagt und das ist bitte sehr das Totschlagargument schlechthin in den letzten Jahren. Standortfrage wird immer angeführt, wenn es darum geht, neue Verteilungsfragen ernsthaft anzugehen (*Applaus Grüne*).

Und wenn man jetzt sieht, was auf uns zukommt mit dem ÖPNV, also der öffentliche Personennahverkehr wird ja jetzt vom Bund auf die Länder übertragen, dann wird es endlich notwendig sein, eine klare Verhandlungsgrundlage mit dem Land herzustellen, denn da wird eine der wichtigsten Fragen der Zukunft der Stadt auf der Agenda stehen. Die Frage, wer wird finanzieren, wenn es um einen besseren Ausbau des ÖV geht, wenn es um einen schienengebundenen leistungsfähigen, leistbaren nahversorgenden Verkehr geht, wie zum Beispiel einer Stadt-Regional-Bahn, wer wird es finanzieren, wir alleine sicher nicht, aber wir brauchen dazu Partner und Partnerinnen, mit denen wir endlich Verhandlungsgrundlagen herstellen sollten.

Und deswegen wünschen wir uns mehr als nur wiederholte Ankündigung von ernsthaften Verhandlungen und wir möchten hier einen gerechteren Lastenausgleich, weil wie wir ja alle hier wissen, das wahre Problem liegt nicht auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahmenseite.

Aber uns ist es zu wenig, sich nur dem Sachzwang zu ergeben. Neben all den realpolitischen Fragen, die sich so ergeben, haben wir ja auch Visionen über eine solidarischere, zukunftsorientierte und nachhaltigere Finanzpolitik, die wir als Politik den Menschen in Graz schon schuldig sind.

Wenn der Herr Stadtrat Riedler ankündigt im letzten Ausschuss, dass demnächst Schritte in Richtung Genderbudgeting stattfinden, das heißt, ein Budget, das die unterschiedlichen Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen stärker berücksichtigt, also ein faireres und gerechteres Budget, dann fehlen uns noch ein paar Grundlagen dazu in dieser Stadt. Eine davon ist eine gemeinsame Zielorientierung, was wollen wir überhaupt, was verstehen wir unter gerecht? Die berühmte Wertediskussion und eine andere, ein Ansatz, den die Elke kurz

angesprochen hat, der aber in einer Vision sehr viel Platz hätte und höchste Zeit wäre, ist die Frage der Partizipation. Wie wäre es, wenn die Menschen, über die hier mitentschieden wird, da herinnen entscheiden wir über die Zukunft der Menschen in der Stadt? Wie wäre es, wenn sie mitbestimmen bei einer Verteilungspolitik. Wenn das in anderen Städte wie in Berlin geht, Berlin ist es finanziell auch nicht sehr gut gegangen in den letzten Jahren, warum nicht in Graz? Der so genannte BürgerInnenhaushalt, der eben ein partizipatives Budget bedeutet, hat sich als Modell erwiesen, das die Menschen erstens einbezieht in die Gestaltung ihrer Stadt und die Politik aber auf der anderen Seite dazu zwingt, sich gegenüber den Betroffenen eindeutig zu positionieren, das fehlt uns eben. Sich der öffentlichen Bewertung endlich zu unterziehen, in dem sie sagt, das haben wir als Ziel, das haben wir gemeinsam erarbeitet und ihr könnt uns daran messen. Hier fehlen in Graz bisher die Ansätze, wenn auch die Grundideen zur Werkstatt Graz, die leider dem Sparzwang zum Opfer gefallen zu sein scheint, vielleicht geht da noch etwas weiter, momentan hören wir nichts, wäre ein guter erster Schritt gewesen. Und das ist gerade dann wichtig, wenn die Ressourcen knapp sind, weil dann ein ernsthaftes Einbinden der Betroffenen zwar der mühsamere Weg ist, aber auch längerfristig und nachhaltig zu mehr Akzeptanz führen würde und eine demokratische Mitgestaltung, die wesentlicher ist denn je, weil der Glaube an die Politik, wie wir wissen, hat sehr gelitten und ein Glaube an die Zukunft der Stadt möglich machen würde. Graz hat nämlich viele gute Voraussetzungen für ein Leben mit guter Qualität. Diese sollten aber allen zugänglich sein, das ist ein Zweifel, der immer mehr aufkommt, dass diese gute Qualität für alle zugänglich ist und durch alle mitbestimmt werden können. So wären zum Beispiel auch die ersten Ergebnisse aus dem Projekt Sozialraumorientierung auch mit einigen Hinweisen ausgestattet, wenn es um eine Themenstellung geht aus Sicht vieler BürgerInnen in dieser Stadt, die anzugehen wären, da hätte man auch schon Material, um in eine Richtung einer Schwerpunktsetzung zu arbeiten.

Wenn ihr mehrheitlich diesen Voranschlag beschließt, dann sehen wir zwar einige Ansätze in die richtige Richtung, wir sehen aber auch gleichzeitig einen Weg von dem wir befürchten, dass er die Stadt längerfristig einem Risiko aussetzt, das wir heute noch nicht gut abschätzen können. Es wird ein Zahlenwerk beschlossen, das weder mit den inhaltlichen Aufgaben der Stadtregerenden abgestimmt ist noch

konkrete Ziele und Prioritätensetzung im Sinne der Menschen dieser Stadt und ihrer Zukunft beinhaltet. Und weil wir für diese Stadt mehr gemeinsamen Willen und die ernst gemeinte Anstrengung aller verlangen, weil wir uns für die Stadt eine Zukunft mit politischer Qualität abseits von den nackten Zahlen wünschen, werden wir diesem Voranschlag nicht zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

F P Ö**Gemeinderätin Mag. Maxie URAY - FRICK**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Auch ich möchte den Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus der Finanzdirektion, allen voran dem Herrn Dr. Kamper, aber natürlich auch allen anderen Bediensteten der Stadt Graz den Dank ausdrücken, denn es ist ja auch nicht immer so einfach unter veränderten Bedingungen mit den Sparmaßnahmen leben zu können und jeder gibt da sein Bestes.

Ich bin ein relativ optimistischer Mensch und auch gutgläubig, und bin immer davon ausgegangen, dass alle in dieser Stadt politisch Tätigen ihr Bestes geben und natürlich auch das Beste für unser Graz wollen.

Dass das nicht immer gelingt und dass die Wege dorthin sehr unterschiedlich gegangen werden können, ist auch nichts Neues. Neu aber ist in dieser Funktionsperiode, dass diese Intention, das Beste für die Stadt zu wollen, offenbar völlig in den Hintergrund getreten zu sein scheint. Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, dass es vielfach nur darum geht, sich gegenseitig zu bremsen, zu blockieren und zu ärgern. Wenn ich an die Diskussion, nicht nur im Jugendausschuss, aber auch rund um das Bad Eggenberg in der letzten Gemeinderatssitzung denke, so war das ein erbärmliches Schauspiel. Wer da der größere Schmierenkomödiant ist, ob Rot oder Schwarz, Namen will ich gar keine nennen, das sei dahingestellt.

Jetzt wird es staatstragend. Das Budget wird in einer ernsten finanz- und wirtschaftspolitischen Situation unserer Stadt beraten. Den Ausführungen des Finanzreferenten war zu entnehmen, wie gering jene Budgetmittel sind, die nicht für gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen aufgewendet werden müssen. Bis auf einige wenige kommunale Vorhaben, die über den Kreditweg finanziert werden müssen, kann von einem bedarfsbezogenen Zuwachs an Leistungen der Stadt für die Bevölkerung überhaupt nicht gesprochen werden. Die Stadt Graz ist in der wenig erfreulichen Situation, dass die Aufrechterhaltung des derzeitigen Standards an

Gemeindeeinrichtungen und die Weiterführung begonnener kommunaler Aktivitäten angesichts der Budgetsituation bereits als „Leistung“ zu bezeichnen ist. Das ist ein Zitat, und zwar ein Zitat aus einer Budgetrede eines Oppositionspolitikers, dieser hieß Stadtrat Alfred Stingl, war Stadtrat und sagte das im Jahre 1981. Da hat es in der Opposition offensichtlich mehr Stil und Weitblick gegeben als heute bei den so genannten „Arbeitspartnern“.

In dieser Rede, die immerhin 24 Jahre alt ist, gibt es neben vielem anderen die Kritik an der Landesumlage, am Finanzausgleich, an der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, alles aktuelle Themen. Angesichts dessen muss man feststellen, dass die Politik eine sehr statische, nicht zu verwechseln mit stabile, Angelegenheit ist.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Hartnäckigkeit lohnt sich.

Mag. **Uray-Frick**: Im Grundsätzlichen hat sich also nicht viel verändert. Die finanzielle Situation hat sich verschlechtert und ist dramatisch geworden, die anderen Probleme sind seit 24 Jahren, waren es auch vorher schon, also noch länger, ungelöst.

Angesichts dieser sehr dramatischen finanziellen Situation hätten wir uns insbesondere vom Finanzreferenten, aber natürlich auch von der gesamten Stadtregierung etwas mehr Kreativität erwartet.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Noch mehr?

Mag. **Uray-Frick**: Ja, noch mehr, lieber Wolfgang. Im Rahmen der Aufgabenkritik ist an manchem Schraubchen gedreht worden, und dass heuer wieder 35 Millionen eingespart werden, ist durchaus positiv zu werten. Dadurch wird das finanzielle Desaster erträglicher, aus dem „Schneider“ aber ist die Stadt noch lange nicht.

Mit einem Budgetvolumen von zirka 700 Millionen Euro haben wir im kommenden Jahr einen Schuldenstand von 900 Millionen und die Ausgaben für 2006 werden wieder 119 Millionen mehr betragen als wir einnehmen. Und es stehen noch große Projekte an, deren Realisierung unabdingbar ist, die aber im Budget nicht berücksichtigt sind.

Dass das bestehende Bad Eggenberg mittlerweile eine vergammelte Bruchbude ist, das wissen alle. Mit Zuständigkeitsleugnungen und Schuldzuweisungen wird kein Euro dafür in den Stadtsäckel fließen. Gut, sieben Millionen sind vom Finanzreferenten im Budget reserviert und der Landessportreferent hat offenbar auch eine Mitfinanzierung zugesichert. Aber so locker vom Hocker zu sagen, der Wellnessbereich geht uns nichts an, entspringt hoffentlich, lieber Wolfgang, nicht einer unverzeihlichen Naivität, sondern ist eher nur zynisch gemeint, denn jeder weiß, dass der Wellnessbereich das Sportbad im laufenden Betrieb mitfinanzieren muss, also muss die Errichtung des Wellnessbereiches natürlich auch im Interesse der Stadt sein.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Doch, das war ernst gemeint. Die Stadtwerke haben schon zugestimmt.

Mag. **Uray-Frick**: Wenn man schon so unsinnige Straßenbahnprojekte wie die Verlängerung der Linie 6, aber auch sinnvolle wie die des langen 4ers plant, dann weiß man doch seit jeher, dass das nur mit einer Aufstockung des Wagenparks der GVB gehen wird. Die Stadt wird da wohl mitfinanzieren müssen, weil die GVB das alleine nicht schaffen. Da hilft es auch nichts, dass die Grazer Stadtwerke zwar nicht zögerlich sind, wenn's darum geht, den Grazerinnen und Grazern Geld abzuknöpfen, ich denke da nur an die bereits angekündigte Erhöhung des

Wasserpreises. Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen dieser Erde haben wir das Glück in einem Land zu leben, wo das Wasser nicht knapp ist, aber das hindert die Stadtwerke nicht daran, den Wasserpreis ständig zu erhöhen – vielleicht wird's dann bald billiger sein, wenn man Radenska oder andere importierte Mineralgewässer trinkt, als Leitungswasser aus den Wasserhähnen zu Hause. Aber das hat natürlich jetzt nicht direkt mit den GVB zu tun, sondern wirft einfach ein Licht auf die Praktiken der stadt eigenen Gesellschaft Stadtwerke.

Die Stadt ist ja auch nicht unbedingt zimperlich mit Gebührenerhöhungen. Denn realiter besteht absolut keine sachliche Notwendigkeit die Kanalgebühren zu erhöhen, zumal man ja die Kanalrücklage seit dem Jahr 1999 um knapp 90 Millionen geschröpft und zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet hat. Noch als ich für den Bereich des Kanalwesens zuständig war, konnte ich die Kolleginnen und Kollegen des Kanalbauamtes insoferne beruhigen, als ich ihnen versichern konnte, dass ein Zusammenlegen von Wasser und Abwasser, was durchaus Sinn macht, sicher nicht angedacht wird, solange von der Stadt da noch Geld zu holen ist, aus der Kanalrücklage.

Vielleicht soll man in Hinkunft schauen, dass man einen Schneider als Finanzreferenten kriegt, wenn es immer um das Stopfen von Löchern geht.

Vorantreiben wird man ja die Idee der Vereinigung von Wasser und Abwasser auch nicht wirklich müssen, denn für den Bürger, also den Kunden sozusagen, ist's wurscht, wer ihm die Gebühren erhöht, die Stadt oder die Stadtwerke, beide tuns.

Als Budgetrednerin einer Oppositionspartei kommt man heuer wohl auch nicht umhin, sich mit der „Affäre“, unter Anführungszeichen habe ich das gesetzt, zur Beruhigung, Cleaner Production Center zu beschäftigen. Ich bin weit davon entfernt, jemanden vorzuverurteilen oder aber die Sinnhaftigkeit und Qualität dieses Projektes Ökoprot in Zweifel zu ziehen – das ist eine tolles Projekt - aber als der Amtsleiter des Umweltamtes beim CPC als Geschäftsführer eingesetzt wurde, war das „interimistisch“. Als gelernte Grazerin weiß man, dass das Provisorische und Interimistische in der Stadt Graz die längste Lebensdauer hat. Das hat es im Baubereich gegeben, das hat es bei Kunst im öffentlichen Raum gegeben, das gibt es also auch hier bei den Personalbesetzungen. Kein Mensch hat sich mehr darum gekümmert, wie sinnvoll es ist, einen guten Umwelttechniker mit Millionengeschäften

alleine zu lassen und dass Dr. Niederl mit all den an ihn gestellten Anforderungen und vielleicht dazu auch noch, was er sich noch selbst aufgebürdet hat, an der Grenze seiner Belastbarkeit war, das musste jeder sehen, der mit ihm zu tun hatte.

Warum der zum Zeitpunkt des Einsturzes der Reichsbrücke in Wien zuständige Stadtrat Hofmann, der für den Einsturz die Verantwortung übernahm, mehr dafür konnte, dass die Brücke einstürzte, als ein Bürgermeisterstellvertreter hier in Graz dafür, dass die Stadt mit einer Gesellschaft, die eng mit dem Umweltamt verbunden ist, Verluste einfährt, ist nicht wirklich einsichtig, mir zumindest nicht. Auch Hofmann war als Stadtrat nicht persönlich zum Brückensanieren und Brückenreparieren abkommandiert. Dazu kommt, dass sich Hofmann wahrscheinlich seltener mit der Reichsbrücke gebrüstet hat als der Grazer Umweltreferent mit dem CPC und Ökoprofit. Ja, Wien ist anders...das zeigt sich eben auch darin, was es heißt, politisch Verantwortung zu übernehmen. Es mutet natürlich auch eigenartig an, wenn der suspendierte Geschäftsführer dann weiter als Konsulent tätig ist; ich habe nicht die Kompetenz, um jetzt zu beurteilen, ob das der einzige gangbare Weg war und ist, um weiteren Schaden von der Stadt abzuhalten, aber zu glauben, dass man so eine Angelegenheit geheim halten kann, das ist schon ein bisschen naiv.

Manchmal hat man irgendwie das dringende Bedürfnis, es ist heute ja immer wieder angesprochen worden, diese Nichtkommunikation, also da verspürt man das dringende Bedürfnis, dieser Stadtregierung einen Kommunikationstrainer zu verordnen, denn es funktioniert die Kommunikation weder intern, noch extern. Die Landesebene könnte dann gleich dazunehmen, denn was sich da an Des- oder Nichtinformation im Bezug auf die Freifahrten der GVB abgespielt hat, ist ja so dilettantisch, dass es schon peinlich ist.

Nun komme ich zu einem Kapitel, wo die Mehrheit in diesem Hause, unserer Meinung nach, die Augen vor der Wirklichkeit verschließt und man wird wieder wahrscheinlich entsetzt sein, dass ich diese Problematik überhaupt anspreche. Ich glaube, dass es mit ein Grund war, warum die ÖVP bei der letzten Wahl gewonnen hat, dass man Bürgermeister a.D. Stingl vorgeworfen hat, es gäbe in Graz so viele Bettler, Punks und andere Randgruppen und ihn, ob zu Recht oder Unrecht, das sei dahingestellt, hat man ihn dafür verantwortlich gemacht.

StR. Mag. Dr. Riedler: Weinmeister auch?

Mag. **Uray-Frick**: Der ist aus anderen Gründen abgewählt worden, der Weinmeister, sicher nicht deshalb. Man hat sich von der ÖVP erwartet, dass es diesbezüglich eine Änderung geben wird. Die Realität schaut so aus, dass das Gehen in der Innenstadt einem Spießrutenlauf gleich kommt. Vom Hauptplatz bis zum Jakominiplatz zählte ich das letzte Mal auf einer Straßenseite sechs Bettler und vier Megaphonkäufer, die einen belästigen und über die man im allgemeinen Trubel schon fast stolpert. Viele Grazerinnen und Grazer nervt das und Geschäftsleute beschweren sich. Und bei den Punks am Hauptplatz hat sich auch kaum etwas getan, die kurzfristig erfolgte friedhofsmäßige Gestaltung des Erzherzog-Johann-Brunnens hat die bunten Herr- und Frauschaften nur auf die Bänke vor der Buchhandlung Pock vertrieben. Wirkungsvolle Maßnahmen sind jedenfalls keine erfolgt. In anderen Städten in Österreich, ich war gerade am Samstag in Klagenfurt hingegen, kann man relativ unbehelligt gehen. Mit einseitigem Good-will alleine lässt sich dieses Problem sicher nicht in den Griff bekommen. Es brauchte nicht den Einzug von Thomas Rajakovic in das Bürgermeisteramt – die Stadt Graz möchte offensichtlich insgesamt in den Wettbewerb mit der Caritas treten.

Wir sollten uns durchaus auch damit beschäftigen, wie viele arme Menschen es in unserem eigenen Land gibt. Natürlich haben wir ein soziales Netz aufgebaut, dass manches auffängt, aber wirklich arme Menschen sind oft sehr still und unsichtbar – sie machen nicht auf sich aufmerksam, obwohl es ihnen oft viel schlechter geht als jenen, die sich sichtbar artikulieren. Dass Graz als Kommune dabei nicht nur überfordert ist und in den meisten Bereichen gar nicht zuständig, wissen wir auch und doch stellen wir immer wieder Überlegungen an, wie wir der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen entgegenwirken können, was ja durchaus notwendig ist, um arbeitslose Alleinerzieherinnen, um ältere Arbeitnehmer aber machen wir uns offenbar weniger Sorgen als um bettelnde Roma oder Punks, die sich willentlich außerhalb der Gesellschaft stellen, ich meine jetzt insbesondere die Punks. Da gäbe es im Ressort von Tatjana Kaltenbeck-Michl durchaus die Möglichkeit, für Frauen und ältere, aber noch im arbeitsfähigen Alter stehende Menschen Programme zu

entwickeln, um die Not zu lindern. Vielleicht kann da die ÖVP dann mit der unsichtbaren Tinte, wo sie ja mitgeschrieben hat in den Ressorts, also von der Tatjana, mithelfen. Wir alle wissen, dass Arbeit für die meisten Menschen mehr Würde bedeutet als das Empfangen von Sozialhilfe, der Kollege Schönegger hat in einem ähnlichen Zusammenhang den Abraham Lincoln zitiert. Natürlich können wir nur in sehr bescheidenem Maß bei der Arbeitsplatzsuche oder Schaffung von Arbeitsplätzen, mit deren Einkommen auch ein Auskommen ermöglicht wird, in unserer globalisierten Welt behilflich sein. Vom Bund ist heute auch schon öfter angesprochen worden, kann man sich ja, außer einer Inseratenkampagne aus allen Ressorts mit großen Fotos, außer dieser Eigenwerbung nichts erwarten.

Mir ist schon bewusst, dass die Stadt enorme Summen für Sozialhilfe und Unterstützung ausgibt, das ist notwendig, aber kein grundsätzlicher Zugang auf Sicht, der dazu angetan sein könnte, langfristig zu helfen. Für die Punks, wo ja ohnehin keine Eingliederung zu erwarten oder von denen gewünscht wird, gab's relativ schnell ein Programm und Geld. Die Kollegin Bauer hat in diesem Zusammenhang irgend so ähnlich gesagt, Sicherheit ist dort, wo man sich wohlfühlt und gut aufgehoben ist, das geht eben vielen Grazern ab, dass sie sich sicher fühlen und gut aufgehoben fühlen in dieser Situation.

Ich denke, man soll das, was viele Menschen denken, auch ansprechen und nicht immer nur drum herum reden. Ich trete genauso für Menschenrechte ein wie Sie alle und habe mitunter eine wesentlich höhere Toleranzgrenze als manche in diesem Haus, aber ich sehe nicht ein, warum man Probleme aus falsch verstandener Humanität und meines Erachtens nur so genannter Humanität nicht ansprechen sollte.

Gott sei Dank ist der Werner Miedl wieder da, oder ist er schon wieder weg. Naja, Gott sei Dank deshalb, weil er hat ja fast einen Herzkasperl gekriegt, also dass er sich wieder beruhigt hat, aber dass ich die Kultur anspreche, ist ja wohl klar. Ich kann ihn jetzt nicht persönlich ansprechen, aber ich sage es halt so, dass der Werner Miedl abgehärtet genug ist, um Kritik zu vertragen, glaube ich, steht außer Zweifel und ich halte es auch nicht für erforderlich, ihn zu verteidigen, aber irgendwie geht es mir um das Grundsätzliche. Ich habe den Empfang, den er hier im Hause, vor allem von Ihnen, Herr Kollegen Candussi, erhalten hat, als relativ unfair

empfundene. Es ist schon richtig, dass der Werner Miedl mit der Kultur nichts am Hut gehabt hat, aber das war ja beim Christian Buchmann nicht viel anders.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das habe ich beim Buchmann gesagt.

Mag. **Uray-Frick:** Ok, aber gerade als Kulturinteressierte, lassen Sie mich ausreden, und in Sachen Kultur Engagierte frag ich mich immer, warum verlangt man das ausgerechnet immer nur bei der Kultur? Kein Mensch hat sich aufgeregt, als ich als Juristin Kanalbaureferentin geworden bin, ich habe noch nie einen Kanal vorher gebaut oder sonst irgendwas, da hat sich kein Mensch aufgeregt (*Applaus ÖVP*)...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Verwendet aber hoffentlich schon.

Mag. **Uray-Frick:** ...na und ebenso, ich nehme nicht an, dass die Wilfriede Monogioudis vorher in Sachen von der Führung von Wirtschaftsbetrieben besondere Erfahrung gesammelt hat. Man kann überall dazulernen und gerade in der Kultur bedarf es eines Politikers, der Augen und Ohren offen hält und auch allem Neuem und Unbekannten gegenüber aufgeschlossen ist und in den Dialog tritt und das traue ich dem Werner durchaus zu. Also, Werner, zeig uns, dass du zum Kulturpolitiker mutieren kannst (*Applaus ÖVP*), wenn du nur ein Politiker bleibst, der für Kultur zuständig ist, ist das auch keine Tragik, das war in der Vergangenheit ohnehin sehr oft, also wichtig ist, dass den Kulturschaffenden keine Prügel in den Weg gelegt werden und die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie eigenständig arbeiten können. Für mich waren die letzten Kulturpolitiker, wie immer man zu Ihnen steht, auf Landesebene Kurt Jungwirth und auf Stadtebene der Helmut Strobl, danach hat es immer wechselnd für Kultur zuständige Politiker gegeben, aber keine

Kulturpolitiker. Ganz schlecht war es für die Kultur immer, wenn sie zur Chefsache wurde. Ob auf Bundes-, Landesebene oder auch Stadtebene, das war immer nicht so gut.

Der übrig gebliebene Alt-68er auf Landesebene ist ja bisher auch eher durch Motorradfahren und der Tatsache, dass er Rockmusik liebt, kulturell aufgefallen; ein besonders häufiger Gast bei Kulturveranstaltungen war er auch nicht. Und bei seinem Zugang zur Hochkultur können wir uns ja glücklich schätzen, dass er nicht aus der Oper oder dem Schauspielhaus ein Harley-Museum oder so etwas machen will, für die Punks hat er ja schon die Listhalle reserviert. Ein Glück für Graz, dass auch Regierungsmitglieder nicht immer so können, wie sie wollen. Der Zugang von der Kollegin Bauer, dass also Seiersbeg für den Steirischen Herbst zahlen soll und Sinabelkirchen oder wer auch immer für die Oper, ist ein bisschen naiv, da ist schon, glaube ich, das Land zuständig.

Anlässlich von Budgetreden krame ich ganz gerne so in alten „Schätzen“, wie man ja schon gesehen hat, dass ich die Rede vom Stingl aus dem Jahr 1981 zu Hause gefunden habe, aber auch ich habe bereits im Jahr 1988 offenbar nicht das erste Mal, ich habe nur das vorhergehende nicht gefunden, habe ich auf die Situation der Bibliotheken hingewiesen,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Warst du schon als Minderjährige im Gemeinderat?

Mag. **Uray-Frick:** Nein, aber du wirst dich wundern, ich war damals mit 31 die Jüngste im Gemeinderat, damals waren wir nicht mit 22 oder wie das heute ist oder noch jünger, damals hat man schon ein paar Jährchen am Buckel gehabt, um die Jüngste zu sein. Wenn ich ausscheide, dann werde ich wahrscheinlich 30 Jahre in diesem Hause gesessen sein. Also damals sind jedenfalls 80% der Aufwendungen für die Bibliotheken in das Personal gegangen. Außer dass die Bibliothek im

Zankelhof und die Mediathek gebaut wurden, ist in Wirklichkeit dort nichts Wesentliches passiert. Die Tragik ist halt, dass Bibliotheken nicht so auffallend sind wie Theater, Musik oder irgendwelche Spektakel, aber sie sind in Wirklichkeit nicht weniger wichtig, gerade im Zeitalter der zunehmenden Analphabetisierung. Ich habe, naiv wie ich bin, habe ich immer gedacht, Analphabetismus, wie gibt es das bei uns, geht jeder in die Schule. Ich war aber lange Jahre bei den Aufnahmsprüfungen bei der Feuerwehr dabei und da habe ich gesehen, was es bedeutet, dass Menschen die eine Berufsausbildung haben, die in die Berufsschule gegangen sind, nicht in der Lage waren, eine Seite zu lesen und ein Diktat wo ich mir gedacht habe, das kann niemand falsch schreiben, also auf nicht ganz einer Seite dann 70 Fehler hatten, also diese Dinge gibt es leider, leider sehr häufig.

Werner, du hast mit dieser Studie eine sachliche Unterlage, auf der du aufbauen kannst. Ich glaube auch, dass es nicht so tragisch ist, wenn die eine oder andere schlecht ausgestattete, schlecht besuchte Bibliothek ihre Pforten schließt, wenn man Kreativität entwickelt und Alternativen anbietet, das heißt, also wenn ich, gut ich brauche jetzt nicht Kreativität entwickeln, aber sozusagen, wenn der Kunde nicht zum Buch kommt, dann muss ich schauen, dass das Buch zum Kunden kommt. Und gerade Kinder und junge Menschen muss man zum Buch führen und sie lehren, dass Abenteuer im Kopf viel spannender sein können als die auf dem Bildschirm. Und besonders in jenen Bezirken mit durchschnittlich niedrigerem Bildungsgrad wird man wohl besondere Anstrengungen unternehmen müssen.

Positiv vermerken möchte ich auch, dass dem Stadtmuseum trotz aller Sparmaßnahmen ein Programm ermöglicht wird und freue mich auf die Umsetzung des Konzeptes von Herrn Hochreiter. Einen neuen Geschäftsführer zu bestellen und ihm solche Vorgaben zu machen, dass er den Betrieb aufrecht erhalten, aber nicht bespielen kann, wäre ja wohl wirklich ein Schildbürgerstreich 1. Klasse gewesen.

Dass eine Einsparung im Bereich der Politik - Verkleinerung Gemeinderat - nur aufgrund einer landesgesetzlichen Änderung und auch nur ab den nächsten Wahlen möglich ist, das wissen ja nicht nur die Juristen bei uns da herinnen. Warum man sich aber um die Verkleinerung der Stadtregierung herumdrückt und die Lösung mit den nicht amtsführenden Stadträten anpeilt, ist unverständlich. Wir haben

Gesellschaften gegründet, die keinen direkten Zugriff des politischen Referenten mehr erfordern und ermöglichen, wir bauen Personal ab, wir optimieren Verwaltungsabläufe, Grundstücke haben wir auch bald keine mehr, die man verwalten muss, außerdem haben wir die GBG gegründet, also alles in allem weniger Aufgaben, die von der Politikern direkt zu verantworten sind, daher wären sieben doch vollkommen ausreichend. Man wird ja wohl nicht davon ausgehen, dass die nicht amtsführenden Stadträte das ehrenamtlich machen, also wenn dem so wäre, dann kann man darüber reden. Aber diesem Traum gibt sich wohl keiner hin. Also diese nicht amtsführenden Stadträte kosten die Stadt, ohne dass sie konkrete Aufgaben zu erfüllen haben, ihren Salär und natürlich auch eine Infrastruktur. Grandiose Einsparung, getrieben von der Angst, dass unsere kommunistischen Freunde im Gemeinderat euch in der Stadtregierung mit ihrem Alles-Ablehnen und Für-nichts-Verantwortung-Übernehmen weiter nerven könnten. Man soll nicht vergessen, dass die Arrivierten, und dazu müssen wir uns bis zur letzten Wahl zumindest durchaus selber zählen, etwas falsch machen, dass Ernest Kaltenegger alleine mit lieb und nett sein so erfolgreich sein konnte. Über die Konstruktion der Stadtregierung das Problem in den Griff zu bekommen, halte ich für naiv und wenig einfallsreich. Wie man den Grazern die Tatsache, dass jemand alleine fürs Repräsentieren bezahlt bekommt, als Einsparung verkaufen will, das schaue ich mir dann auch noch an.

Eine eingefleischte Kommunistin werde ich ja nicht umstimmen können und wir alle sind ja nicht da herinnen, um uns da gegenseitig politisch anzuagitieren, aber unserer Neo-Stadrätin, liebe Elke, dir möchte ich schon Folgendes sagen, wenn man in einer Stadt wirtschaftlich etwas bewegen will, sei das im Bereich des Tourismus, Handels usw, dann muss man zuerst einmal ein Geld in die Hand nehmen und Geld einsetzen, damit es dann wieder umwegsrentabel zurückkommt. Aber wer gegen alles ist, und diesen Eindruck haben hier alle außer euch, wenn man gegen alles ist, was der Stadt Geld bringt, so wie ihr, der hat auch zu verantworten, dass Sozialprojekte auf der Strecke bleiben und dass nicht so ohne weiteres deine, meines Erachtens, überzogene Forderung nach 650 Gemeindewohnungen erfüllt werden kann.

Wir meinen, dass neben verstärktem Druck-Machen vor allem auf die Bundesregierung, damit beim Finanzausgleich endlich die Zentralfunktion von Landeshauptstädten mit ihren Universitäten und Bildungsstätten, aber auch ihre zentrale Verkehrsfunktion berücksichtigt wird, die Stadt noch immer genügend Spielraum hätte, sich bei der Aufgabenkritik auf Kernfunktionen zu konzentrieren. Dass das keine leichte Aufgabe ist, wissen wir alle, denn jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen. Aber wir haben uns, habe ich schon einmal gesagt, vom Finanzreferenten Dr. Riedler nach großmündiger Ankündigung doch mehr Kreativität und zukunftsorientierte Planung erwartet. Jammern und Schimpfen, wie böse alle zu Graz sind, das wird nicht besonders wirksam...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Mag. **Uray-Frick**: Na, du hast am Anfang da schon, wie arm wir sind, wie das vernachlässigte Kind, das wird jedenfalls nicht sehr viel bringen, aber wahrscheinlich wirst du deine kreative Kraft eher dazu einsetzen, dich parteiintern für die Zukunft zu positionieren.

Aus meiner Schulzeit erinnere ich mich noch, dass oft, wenn eine Arbeit nicht besonders gut ausgefallen war, was bei mir in Mathematik immer wieder der Fall war, da stand dann drunter, durchaus bemüht, aber leider nicht ausreichend. Mit diesen Worten möchte ich meine Ausführungen schließen und sie insoferne konkretisieren, als der Voranschlag für 2006 unserer Meinung trotz anzuerkennender Bemühungen nicht dergestalt ist, dass wir ihm unsere Zustimmung geben können.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 12.30 Uhr den Vorsitz.

P A R T E I L O S

Gemeinderat Martin KHULL-KHOLWALD

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr StR Dr. Riedler, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe bei der Vorbereitung dieses Beitrages kurzzeitig erwogen, vielleicht doch einen nicht völlig ausformulierten Beitrag hier abzugeben, habe mich dann aber für den schriftlich vorformulierten entschlossen. Der Natur eines vorbereiteten Beitrags entspricht es, dass man schon am Beginn des Beitrages weiß, wie lange er dauern wird. Damit ich dieses Wissen mit dir, liebe Dagmar, und mit Ihnen, meine Damen und Herren, gleich vom Anfang an teilen kann: Nach 10 Minuten können Sie wieder Ihren gewohnten Aktivitäten nachgehen, als mir zuzuhören.

Vorbereitete Redebeiträge haben immer auch einen Nachteil: Sie ermöglichen es, auf ein etwas höheres Abstraktionsniveau zu klettern, als man vielleicht in einem nicht vorbereiteten Beitrag kommen würde. Wer von Ihnen bereit ist, diese zehn Minuten in mich zu investieren, wird, denke ich, nicht enttäuscht werden.

Auch habe ich den Anspruch als letzter Redner Ihnen keine redundanten Informationen zu liefern. Ich werde mich auf folgende drei Gebiete beschränken:

- Das Problem, dass sich fast kein Bürger, keine Bürgerin der Mühe unterzogen hat, in den Budgetentwurf Einsicht zu nehmen. Meine Damen und Herren, die Zahl wurde heute noch nicht verlesen, es war ein einziger Mensch dort und das war ein Journalist, wie Sie vermutlich wissen.
- Den Schwerpunkt meiner Ausführungen werde ich auf ein Thema legen, für das ich mir eine englische Überschrift geklaut habe: *Objections are friends!* Um es für uns ein wenig spannender zu machen, liefere ich Ihnen nicht gleich die passende Übersetzung dazu, deute aber kurz an, womit ich mich unter dieser Überschrift beschäftigen werde: Zum einen damit, dass ich diesem

Budgetentwurf zustimmen werde, zum anderen mit einem Beispiel, mit dem ich nachweisen möchte, dass unsere Arbeitsweise als „gesamter Gemeinderat“, als „Stadt Graz“ nicht völlig optimal ist. Ähnliche Stimmungsbilder konnte ich, glaube ich, aus meinen Vorreden schon mitnehmen.

- Ich weiß nun, dass es trotz des Internationalismus in der Zeit, in der wir leben, immer wieder zu leichten Verstimmungen in diesem Hause führt, wenn ich es mir erlaube, ein paar Brocken bescheidenes Englisch zu verwenden. Da ich Verstimmungen für durchaus heilsam halte, gab ich auch dem dritten Themenkomplex eine englische Überschrift: I could have done otherwise! Wer in der Lage ist, in Schleifen zu denken, wird diesen Scherz vielleicht genießen können. Obwohl es nach meiner Auffassung geradezu eine Pflicht eines jeden Gemeinderates, einer jeden Gemeinderätin ist, kreative Alternativen umzudenken, werde ich mich in diesem Bereich bewusst zurücknehmen. Es ist sinnvoller diese Alternativen im Laufe des Jahres unter das Volk auf der Stadtregierungsbank zu bringen, als heute ein Grundsatzreferat zum Besten zu geben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der größte Vorteil von schriftlich ausgearbeiteten Redebeiträgen ist Folgender: Es ist dem Redner nicht möglich, über ein Thema zu sehr in Aufregung zu geraten. Da wir alle, mich eingeschlossen, in diesem Haus mit Verstand und Emotionen Gemeinderäte sind, ein Vorteil, der gerade bei der Diskussion über die Eckpunkte unserer Zukunft im Jahr 2006 nicht hoch genug bewertet werden kann.

Der Punkt eben, dass sich Jahr für Jahr kaum Bürger und Bürgerinnen bereit finden, in den Budgetentwurf sich anzusehen, ist für mich ein solcher Aufreger. Zum einen liegt das sicherlich daran, dass die Materie Budget, insbesondere in ihrer schriftlichen zweibändigen Fassung, nicht besonders benutzerfreundlich aufbereitet ist. Ich möchte an dieser Stelle keine Umfrage darüber machen müssen, wie viele von uns länger als zwei Minuten in diesem Werk, das der Herr Finanzstadtrat gerade zur Hand genommen hat, wirklich gelesen haben. Auf jeden Fall ist die Erstellung jedes

Budgets Jahr für Jahr ein Beweis dafür, mit welchem hohen Niveau die Finanzdirektion ihre Arbeit abgewickelt. Ich darf daher zuallererst an dieser Stelle dem Herrn Finanzdirektor und seinem Team für die professionelle Leistung meinen persönlichen Dank aussprechen!

Dass das Budget in einer hohen Komplexität geschrieben werden muss, ist eine Notwendigkeit. Die Sperrigkeit der Unterlagen ist durch die komplexen Abläufe im Magistrat bedingt. Diese Komplexität darf aber nicht als Begründung dafür hergenommen werden, dass sich die Grazer Bevölkerung nicht für das Budget zu interessieren scheint. Viel mehr müssen für das scheinbare Desinteresse zwei Gründe analysiert werden. Wobei ich Ihnen versichere und an dieser Stelle hätte ich vielleicht gerne Applaus, dass Sie vor allem den zweiten Grund nicht gerne hören werden!

Leider ist es so, dass die Bevölkerung davon nichts erfährt, dass sie Jahr für Jahr die Möglichkeit hat, in den Budgetentwurf Einsicht zu nehmen und sogar Stellungnahmen zum Budget abgeben darf. Weder in den Zeitungen, noch über andere Medien wird der Gedanke beworben, dass die Grazerinnen und Grazer sich die Voranschlagszahlen anschauen dürfen. Nicht einmal im Internetauftritt der Stadt findet man dazu einen Hinweis. Man findet zwar dort einen Bericht über den Nikolo-Empfang des Herrn Bürgermeisters, aber keinen Eintrag darauf, dass man sich als Bürger den Voranschlag anschauen kann!

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Khull-Kholwald:** Der Nikolo bringt das, das war eine durchaus bessere Bemerkung, als ich sie zustande gebracht hätte, Frau Stadträtin.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Ich habe gar nichts gesagt. Ausnahmsweise habe ich nichts gesagt.

GR. **Khull-Kholwald:** Offenbar ist es so, dass es gewünscht wird, dass ich hier länger als zehn Minuten stehe, diesem Wunsch komme ich gerne nach. Nun komme ich aber zu diesem Punkt, den sie vermutlich nicht so besonders gerne hören wollen: Es ist so, dass die Grazerinnen und Grazer eben Anmerkungen zum Budget deponieren können. Für mich hat es den Anschein, als würden viele Menschen auf diese Möglichkeit verzichten, weil für sie gilt, was der Volksmund so treffend formuliert: „Da kann man eh nichts machen“ – oder, wie es in der Operette heißt: „Glücklich ist, wer vergisst, was nicht mehr zu ändern ist!“ Dass sich diese jesuitische Unweisheit aus dem 16. Jahrhundert besonders auf die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen im Allgemeinen negativ auswirkt, müsste uns allen Denkanstoß genug sein, hier massive Änderungen Platz greifen zu lassen.

Auch dann, wenn wir solche Argumente nicht besonders gerne hören, da deren Kern offensichtlich auch auf uns zutrifft.

So dann, Objections are friends. Das Wort Objection, meine Damen und Herren, bedeutet, und hier kommen wir zu des Rätsels Lösung: Einwendung und Einspruch im rechtlichen Sinne, oder Einwand im Falle einer Diskussion. Bei einem Gesamtbudgetvolumen von 770 Millionen Euro ist es kein Problem, den einen oder anderen Einwand zu formulieren. Schon alleine die Tatsache, dass die konsolidierte Gesamtverschuldung inklusive Eigenbetriebe und Schulden von Beteiligungen, wie wir auf Seite 11 nachlesen können, 900 Millionen Euro beträgt, stellt an sich schon fast einen Einwand dar.

Will man dem Budget zustimmen, so muss man diesen Einwänden begegnen können. Keine Sorge, ich werde jetzt keine Analyse einzelner finanzspezifischer Details machen, sondern den Versuch unternehmen, eine kurze grundsätzliche Erklärung zu liefern. Bleiben wir bei diesem Beispiel mit den 900 Millionen Euro Schulden und der Schuldenauslagerung an Beteiligungen.

Wir müssen Einwände dieser Art insofern primär einmal als positive Kritik begreifen, als der Zeithorizont, der notwendig ist, diese Schulden deutlich zu verringern, weit

über ein bis zwei Gemeinderatsperioden sich hinaus erstreckt. Auch ist dieser Einwand eine wichtige Hilfe, sich die Gesamtsituation zu verdeutlichen. Meine Damen und Herren, jene sechs Tabellen und Charts, die sich in der Haushaltsanalyse mit den Schulden der Stadt beschäftigen, sind meiner Erachtens dazu vermutlich weniger gut in der Lage als eine runde Zahl. Einwände helfen also, eine klarere Sicht der Dinge zu erhalten!

Leider werden diese Einwendungen als Argument dafür vorgebracht, dem Budget nicht zuzustimmen. Dazu sind sie meines Erachtens nicht geeignet, da sie nicht einmal einen Hinweis enthalten, der uns klärt, wie das Budget dann aussehen würde. Mit anderen Worten: Wenn wir dem Budget nicht zustimmen, könnten wir im nächsten Jahr statt über Berichtsstücke abzustimmen, nichts anders tun, als mit dem Finger zu wackeln. Nichts zu tun, heißt das zu Deutsch.

Um Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, dieses Prinzip „Objections are friends“ noch ein wenig zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen ein Beispiel bringen, wie mein Prinzip nicht zu verstehen ist. Das Beispiel heißt: Modell Basel.

Unsere Stadtregierung ist unter dem Vorzeichen, in Graz ein Bürgerbeteiligungsmodell implementieren zu wollen, herangegangen. Im Modell Basel wurde ein geeigneter Projektpartner gefunden. Vor einem Jahr sah es fast so aus, als würde 2005 der Startschuss für dieses Projekt gegeben. Aber dann kamen von allen möglichen Seiten alle möglichen Einwände dagegen.

Diese Einwände dienten nur dazu, den jeweils anderen in eine Position zu bringen, wo man ihm und seiner Argumentation Unrecht geben konnte, statt eben zu einer Klärung der Positionen beizutragen. Solche Einwände sind mehr als nur kontraproduktiv. Letztendlich haben sie dazu geführt, dass die beteiligten Gruppen mehr oder weniger gut argumentieren konnten, dass sie Recht hatten. Offensichtlich hat aber niemand der Beteiligten an die Konsequenzen gedacht: Lähmung im Dialog und Verschleppung des Projekts über ein weiteres Jahr können wir heute feststellen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie alle wissen, dass mir dieses Projekt sehr wichtig ist. Ich mache Ihnen daher folgenden Vorschlag und der ist ein bisschen grober formuliert, als ich mich sonst normalerweise auszudrücken pflege: Wenn wir es nicht schaffen, bis spätestens

Februar 2006 dieses Projekt endgültig ins Laufen zu bringen, werde ich im März zum einen das tun, das man umgangssprachlich „einen Wirbel schlagen“ nennt. Zum anderen werde ich Ihnen eine Alternativvariante abnötigen. Sollte auch dieser letzte Versuch, in Graz ein funktionierendes Bürgerbeteiligungsmodell zu installieren, fehlschlagen, wird sich unsere Bevölkerung wohl oder übel ein Bild darüber machen, wie wir hier im Rathaus arbeiten!

Damit hätten wir auch schon mit diesen Ausführungen die inhaltliche Überleitung zu meinem dritten und letzten Block geschafft. Unter den Details, die ich anders als der vorliegende Entwurf gemacht hätte, möchte ich aber einen herausgreifen.

Mit dem Flächenwidmungsplan beschließt der Gemeinderat gleichzeitig die Festlegung von Vorbehaltsflächen. Nach dem Raumordnungsgesetz hat der Grundstückseigner einer Vorbehaltsfläche unter der Prämisse, dass diese nicht eingelöst wurde, das Recht, die Rückwidmung zu beantragen. Derzeit sind meines Wissens zwei solche Verfahren anhängig.

Eingelöst, meine Damen und Herren, wurde im letzten Jahr nichts, und auch für 2006 sind Einlösungen nicht direkt vorgesehen. Wenn wir den Anspruch haben, mit aktiver Grundstücksicherungspolitik über die Vorbehaltsflächen stadtplanerische Ziele zu erreichen, so müssen wir im nächsten Jahr diese Aufgabe dringend in Angriff nehmen.

Zugegeben, es wäre da noch eine Reihe von weiteren Anregungen, die unser Budget in dem einen oder anderen Detail verbessern würden. All das vorzutragen würde jeden zeitlichen Rahmen sprengen. In kleinen Portionen über das Jahr verteilt werde ich diese Anregungen anbringen.

Ich gehe auch für das Jahr 2006 von einer guten Zusammenarbeit zwischen Ihnen und mir aus. Sie können davon ausgehen, dass ich diese Zusammenarbeit unter dem Motto „Objections are friends“ gestalten werde.

Unterbrechung des Gemeinderates von 13.00 bis 14.55 Uhr.